

Bezugspreis:
Wochenschrift 30.— M. monatlich 10.— M.
frei im Haus, voraus zahlbar. Ver-
kauf: monatlich 10.— M. einsch. Zu-
stellungsgeld. Unter Bezugnahme für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Reichsgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Lettland 20.— M. für
das übrige Ausland 25.— M. Post-
leistungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Sonnenschein“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
—
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 17. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Clody George gegen den Völkerhaß.

London, 16. Juni. (W.B.) Clody George erklärte in einer auf einer Walliser Methodistenversammlung gehaltenen Rede, es bestehe wirkliche Gefahr, daß, wenn nicht etwas mehr getan werde, um die öffentliche Meinung in den zivilisierten Ländern der Welt zu belehren, der Völkerbund ein Nährboden für Unfrieden und Streitigkeiten werden könnte. Es könnten im Laufe der Parteien und Gruppen gebildet werden, und eines Tages, wenn die Mehrheit auf der einen Seite stehe und die Macht auf der anderen, dann werde man sehen, daß die Erörterungen des Völkerbundes nur zu den größten, je erlebten Konflikten geführt hätten. Clody George sagte, er sei voller Enttäuschung, wenn er sehe, daß trotz der Lehren des großen Krieges der Geist nationalen Hasses, der Habgucht und der schlimmsten Folgen nationalen Stolzes ebenso vorherrschen wie früher. Dies sei keineswegs auf die großen Länder beschränkt. Die verborgenen, vom Kriege ausgegraben Nationen seien sogar noch schlimmer. Einige dieser bekriegten Nationen scheinen dadurch, daß sie so lange angefeindet waren, noch schlimmer geworden zu sein. Clody George sagte, er könne unter diesen Nationen keinerlei Zeichen eines Bestrebens zugunsten einer Interaktion des Völkerbundes in ihren Streitigkeiten oder irgendeiner Achtung vor den Beschlüssen des Bundes sehen. Das Gewissen der Völker müsse geprüft werden, damit sie Hinvergießen als Verbrechen verabscheuen. Ob der Völkerbundvertrag die beste Organisation zu diesem Zweck ist, oder ob der amerikanische Vorschlag eher Erfolg haben würde, darüber brauchen die Kirchen nicht zu diskutieren. Ihre Aufgabe sei es, die Atmosphäre zu schaffen.

Clody George spricht deutlich; er weicht von seiner Unterhausrede gegen die mordgierigen polnischen Banden in Oberschlesien nicht zurück. Jedenfalls wird man aus diesen Worten Clody Georges schließen dürfen, daß der Vormarsch der alliierten Truppen nicht deswegen eingestellt wird, weil die gepeinigten Deutschen das bishigen Selbstschuß nicht aufgeben wollen.
Deutlicher als alle anderen Zeugnisse gegen den polnischen Terror ist der Hilferuf der kommunistischen Partei Oberschlesiens an das Weltproletariat, der nur in einem Rebenfall, um das Gesicht zu wahren, auch von Orgeschbanditen spricht. Es ist uns von ober-schlesischen Genossen glaubhaft versichert worden, daß die Hüter-Truppen eine solche Kennzeichnung nicht verdienen.

Die Radiomeldung von deutsch-französisch-englischen Zusammenstößen wird vom Pariser „Temps“ dementiert.

Der britische Bergarbeiterstreik.

London, 16. Juni. (E.C.) Die Abstimmung unter der englischen Bergarbeiterschaft hat nahezu eine Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks ergeben. Es stimmten 320 000 Arbeiter gegen und 93 426 für die Wiederaufnahme der Arbeit. Dies scheint bereits das Gesamtergebnis zu sein.

Rückkauf unserer Schiffe?

London, 16. Juni. (E.C.) Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß mehrere deutsche Schiffe, die Großbritannien durch die Reparationskommission zuerkannt waren, durch Vermittlung eines deutschen Unterhändlers event. an Deutschland zurückverkauft werden und eine deutsche Besatzung erhalten sollen. Man glaubt zu wissen, daß es sich um einen Verkaufspreis von etwa 300 000 Pfund Sterling handeln werde.

Ein Neutraler.

Paris, 16. Juni. (W.B.) Bei einem Frühstück der Pariser Vereinigung der ausländischen Presse in Gegenwart Briands lagte der Vorkämpfer der Vertreter des spanischen Blattes „Diario Universal“ aus Madrid, Mar, die Vereinigung der ausländischen Presse in Paris habe kein einziges Mitglied, das ein österreichisches oder deutsches Blatt, noch irgendein Blatt eines Landes, das der Feind Frankreichs gewesen sei, vertritt. Er hoffe, daß dieses der Vereinigung unerwünscht sei.

Kommunistische Kriegshefte.

Helsingfors, 16. Juni. (E.V.) Trotski erklärte auf dem Kongreß der Dritten Internationale in Moskau, daß neue große Kriege bevorstehen. Es ist, so sagte er, das Gebot der Kommunisten, die bürgerlichen Staaten gegeneinander auszubehnen.
Es war schon letzthin eine gleichgerichtete Neuerung eines anderen Oberbanners, wohl Sinowjews, durch die Presse gegangen. Dessen ist noch zu wenig Blut geflossen!

Abwehrkampf belgischer Steinarbeiter. Viertausend Steinbrucharbeiter sind in den Streik getreten. Sie sträubten sich gegen eine zehnprozentige Lohnherabsetzung und erklärten sich nur mit einer fünfprozentigen Ermäßigung, die die Arbeitgeber ablehnten.

Das Loß der Verschleppten.

Oppeln, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In dem von Insurgenten freien ober-schlesischen Gebiet trafen heute 369 deutsche Männer ein, die aus dem Kreise Rosenbergs von den Polen verschleppt und jetzt im Austausch freigelassen worden sind. Die Leute sind fast durchweg ihrer eigenen Kleidung, ihrer Barschaft und ihrer Wertgegenstände beraubt und machen einen äußerst heruntergekommenen Eindruck. Sie berichten, wie sie aus den deutschen Ortschaften, insbesondere aus Guttentag, unter Prügelein und Mißhandlungen nach Czestochowa, Sosnowice, Schoppinzig in das Sammellager Neuberun und dann in Einzelzellen an der Südobergrenze gebracht wurden. Die sogenannten Gefangenenlager waren Schafställe und Scheunen. Man hatte ihnen Schuhe und Kleidung genommen und ihnen teilweise dafür die zerrissenen und verlauchten Kleidungsstücke von Insurgenten gegeben. In einem Falle wurde im Frühstüdtasche Menschenkot festgestellt. Das Fleisch war oft faulig, das Brot, etwa 250 Gramm pro Kopf und Tag, war zeitweilig ungenießbar. Die Verpflegungsvorhältnisse besserten sich etwas, als eine Kommission des Roten Kreuzes eintraf. Auf dem Transport nach dem Gefangenenlager, todelang ohne Wasser und Essen, dabei aber tüchtig geprügelt und zu anstrengenden Körperübungen gezwungen, verschwanden mehrere Gefangene spurlos. In einem Falle hörten die übrigen Kameraden, die sich nicht umdrehen durften, einen Schuß fallen. Die Zurückgebliebenen sind zumeist überwiegend Arbeiter, kleine Handwerker und Kleingewerbetreibende, die unverkennbar bemüht waren, auch in der Darstellung der Grenzschutzpolizei zu bleiben. Doch versicherten sie, daß die ober-schlesischen Insurgenten sie in der Gefangenschaft besser behandelt hätten, ihnen Liebesgaben überbrachten usw., während ihre Quälgeister die Kongreßpolen gewesen wären, die den Hauptteil der Bewachungsmannschaft stellten.

Weiteres Vorrücken der Engländer.

Oppeln, 16. Juni. (W.B.) Mit Ausnahme von Schieferereien bei Elzuth-Twarjan und westlich Ratibor-Hammer ist es heute nicht zu Kampfhandlungen gekommen. Durch das Einrücken der Engländer in Zembowiz sind die Polen genötigt worden, ihre Angriffe auf Brunsau einzustellen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind jedoch die englischen Streitkräfte zu schwach, um die deutsche Bevölkerung vor den Drangsalierungen der Polen zu schützen. Der italienische Oberst Salvioni hat angeordnet, daß auf dem rechten Oderufer Ortswehren gebildet werden. Der Belagerungszustand für Ratibor ist aufgehoben worden. Englische Truppen sind in Ratibor, Kleinalthammer, Ferdinandshof, Salese, Poppitz, Guttentag und Kostellig eingetroffen, französische Truppen ebenfalls in Kleinalthammer und Kostellig. Außerdem ist Jakobswalde von Franzosen, Lubom und Renfa von Italienern besetzt.

Ein Erfolg Briands.

Vertagung einer Reichsgerichts-Interpellation.
Paris, 16. Juni. (W.B.) Die Senatsitzung begann mit einer Debatte über den Zeitpunkt der Beratung der Interpellation Duplantier über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenkt, um die Aburteilung der Kriegsbefehlshaber nach den Versailles Bestimmungen zu gewährleisten. Ministerpräsident Briand erklärte, daß noch keiner der von Frankreich bezeichneten Angeklagten vor dem Reichsgericht erschienen sei und daß er es für nützlich halte, die Urteilsprüche abzuwarten, die in dieser Hinsicht binnen kurzem gefällt werden müssen. Duplantier bestand jedoch auf dem dringlichen Charakter seiner Interpellation. Das Reichsgericht habe bereits fünf Urteile über von England und Belgien Angeklagte gesprochen. Außerdem handle es sich um die Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers. Es sei nötig zu wissen, warum die Bestimmungen von Versailles hierüber nicht eingehalten worden seien. Ministerpräsident Briand erwiderte, es könne unbedenklich erscheinen, wenn der Senat eine besondere Meinung äußere über Fälle, die nur England und Belgien angingen. Die Debatte würde gewinnen, wenn sie die gesamte Angelegenheit zum Gegenstand habe. Was den Ex-Kaiser anlangt, so seien zwei Jahre seit dem Waffenstillstand verlossen und der Senat werde zweifellos der Meinung sein, daß dieser Fall ohne Schwierigkeiten mit den anderen verbunden werden könne. Duplantier fragte die Regierung, ob sie zugeben könne, daß die Angeklagten entgegen den Bestimmungen von Versailles von einem solchen Gericht abgeurteilt würden. Es sei wert, daß der Senat sich über den Verzicht auf die Ausführung des Versailles Vertrages ausspreche. Die Schwäche Frankreichs in diesem Falle habe Deutschland dahin gebracht, weitere Zugeständnisse zu verlangen. Die Interpellation werde dem Senat die Möglichkeit geben, seinen Empfindungen Ausdruck zu verleihen. Die Beratung über die Interpellation wurde hierauf auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die italienische Kammer.

Rom, 16. Juni. (E.V.) In der Kammer haben sich jetzt die Fraktionen wie folgt konstituiert: 11 Nationalisten, 96 Katholiken, 61 Liberal-Demokraten, 121 Sozialisten, 21 Bauernpartei, 29 Faschisten, 16 Reformisten, 6 Rechtsliberale, 9 Kommunisten, 4 Mitglieder der demokratisch-sozialen Fraktion, 7 Republikaner, 4 Slamen und 4 (bürgerliche) Deutsche. Eine eigentliche Kammergruppe kann nur mit mindestens 20 Mitgliedern gebildet werden.

Freie Brotwirtschaft!

Umlageverfahren als Kulisse.
Der Reichstag hat gestern mit den Stimmen aller bürgerlichen gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien die Beilegung der Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides beschlossen. So muß man das Ergebnis der gestrigen Reichstagsitzung charakterisieren. Das Umlageverfahren, das eine Ueberleitung von der Zwangsbewirtschaftung zur freien Wirtschaft bilden sollte, ist zwar nicht geradezu abgelehnt, aber doch so gestaltet worden, daß es nur noch als Kulisse wirkt. Darum haben die Deutschnationalen für dieses Umlageverfahren, das sie zunächst wütend bekämpften, gestimmt. Darum haben die Sozialdemokraten es abgelehnt. Sie waren bereit, für ein Umlageverfahren zu stimmen, das tatsächlich geeignet war, die üblen Folgen des Uebergangs zur freien Brotwirtschaft für die breiten Massen der Bevölkerung abzumildern. Sie konnten aber nicht für ein Verfahren stimmen, das nicht mehr der Milderung dieser Uebel, sondern nur noch der durchsichtigen Bemäntelung rein agrarischer Tendenzen dient.

Der ursprüngliche Regierungsentwurf stammt noch aus der Zeit des Kabinetts Fehrenbach, von dem das Kabinett Birtz den Ernährungsminister Hermes übernommen hat. Hermes, der das Ziel in der freien Wirtschaft sieht und dieses Ziel im Jahre 1922 erreichen möchte, legte sechs Wochen vor Beginn des neuen Erntejahres dem Reichstage ein Gesetz vor, in dem das Getreideumlageverfahren vorgeschrieben ist. Die Reichsgetreidestelle hatte berechnet, daß damit 4,5 Millionen Tonnen Getreide hereingebracht werden können, eine Menge, die ausreichend ist, der versorgungsberechtigten Bevölkerung die jetzige Brotration zu sichern. Die Regierung Fehrenbach hatte aber schon davon eine Million Tonnen gestrichen und der Reichsrat ließ sogar nur noch drei Millionen Tonnen übrig. Aber auch das war den Rechtsparteien, Demokraten und einem Teil des Zentrums noch zuviel und darum verlangten sie, daß die Umlage nur auf 2 1/2 Millionen Tonnen festgesetzt wird.

Herr Hermes setzte sich für das Umlageverfahren ein, obwohl die bayerischen Bauernvereine unter Dr. Heims Führung erklärten, daß sie nicht mittun werden und obwohl die bayerische Regierung denselben Standpunkt vertritt. Einspruch legte auch der Reichsrat dagegen ein, daß Länder und kommunale Körperschaften die finanzielle Haftung für nicht-geliefertes Getreide übernehmen sollen, ohne die natürlich das ganze Gesetz keinen Zweck hat.

Schließlich erklärten noch die Vertreter von 280 preussischen Landkreisen einstimmig, daß das Umlageverfahren jetzt, kurz vor der Ernte, technisch nicht mehr durchführbar sei und daß sie im Interesse der Kreisbevölkerung stürkische Verwahrung gegen die finanzielle Haftung einlegen müßten.

Das Umlageverfahren ist in der Tat geeignet, Länder und Gemeinden finanziell in schwierige Verhältnisse und schlimmste Feindschaft zwischen Erzeuger und Verbraucher zu bringen. Es birgt auch die Gefahr in sich, daß der Bevölkerung der industriellen Gebiete teures und zugleich schlechtes Brot verabfolgt wird, denn die Landwirte werden in der Regel das schlechte Getreide als Umlage abliefern und das schwere Getreide möglichst zum Weltpreise in den freien Handel geben, was für die arbeitenden Schichten bedeutet, daß sie die Zukunftsbrote mit 15 bis 20 Mark bezahlen müssen.

Nach Angabe des Ernährungsministers ist nur eine kleine Getreidereserve von 0,33 Millionen Tonnen vorhanden, eine Menge, die nicht einmal eine Monatsration für die Versorgungsberechtigten bedeutet. Daher ist zu befürchten, daß der Getreidepreis im freien Handel rasch von 1600 auf 3500 Mark, den Weltmarktpreis, steigen und daß er mit der weiteren Entwertung der Papiermark noch weiter klettern wird.

Um diese gefährlichen Wirkungen wenigstens einigermaßen abzumildern, war die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereit, für die Regierungsvorlage zu stimmen, weil sie wenigstens 3 Millionen Tonnen Getreide zu mäßigem Preise in die Hände der Behörden zu bringen versprach. Die Fraktion forderte aber, daß es bei den 3 Millionen Tonnen verbleibe, daß sowohl der Reallohn und die Rentenempfänger geschützt, und daß die erzielten Uebergewinne für die Allgemeinheit in Anspruch genommen würden.

Diese Voraussetzungen wurden nicht erfüllt. Die bürgerlichen Parteien lehnten sich geschlossen dafür ein, daß die Umlagemenge auf 2 1/2 Millionen Tonnen ermäßigt wird und sie lehnten mit ebensolcher Einmütigkeit eine Entschlebung ab, die der arbeitenden Bevölkerung einen geschützten Anspruch gewährleistet, die erhöhten Lebenshaltungskosten durch Mehreinnahmen an Gehalt, Lohn und Renten wettzumachen. Zugleich befreiten sie auch das Recht des Reiches auf Einziehung der Uebergewinne der Unternehmer.

Damit war für die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr die Möglichkeit gegeben, für die Vorlage zu stimmen, die lobann von den gesamten bürgerlichen Parteien gegen die drei Parteien der Linken angenommen wurde.
Zum Schluß ließ die Mehrheit vollends die Rage aus

dem Saal, indem sie folgende von Hert und Benossen eingebrachte Entschliessung annahm:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit alsbald der freie Verkehr für Brotgetreide, Gerste und Hafer inländischer Ernte eingeführt wird.

Damit ist eingestanden, daß das beschlossene Umlageverfahren im voraus dazu bestimmt ist, an seiner innern, von der Mehrheit gewonnen Unzulänglichkeit zusammenzubrechen. Man sieht dieses Ergebnis voraus und bereitet sich vor, mit vollen Segeln in die freie Wirtschaft der hemmungslosen Preisbildung hineinzusteuern.

Eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Stadt und Land, Arm und Reich muß davon die Folge sein. So: Demokratie und Gewerkschaften werden alles tun müssen, um Löhne, Gehälter und Sozialrenten mit den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung einigermaßen in Einklang zu bringen. Das läßt schwere wirtschaftliche Kämpfe voraussehen, die auch nicht ohne politische Folgen bleiben können.

Um sich ihren agrarischen Anhang zu erhalten, sind die bürgerlichen Mittelparteien, die jetzt wieder mit der Sozialdemokratie eine Regierung bilden, nach rechts abgewandt. Die bürgerlichen Regierungsparteien und die Sozialdemokratie haben in den entscheidenden Fragen gegeneinander gestimmt. Viele solche Abstimmungen wird die alt-neue Koalition nicht vertragen können.

Was aber dann?!

Die empfindlichen Bayern.

Amlich wird aus München gemeldet:

Die bayerische Staatsregierung ist wegen des am 14. Juni in Nummer 131 der Karlsruher Zeitung „Bäbischer Taganzeiger“ veröffentlichten Artikels „Generalstreik in Bayern“ bei der bayerischen Regierung vorstellig geworden.

In der Karlsruher Zeitung hatte gestanden, daß im südlichen Bayern kein linksgerichteter Politiker mehr seines Lebens sicher sei. — Das ist sicher richtig. Ferner war gesagt: Ein Teil der Münchener Bevölkerung lege eine Noheit der Gefühle an den Tag, die selbst die Aschantineger noch als Träger einer höheren Zivilisation erscheinen lassen.

Wir wollen nicht streiten, ob das geschmackvoll ist oder nicht, aber jedenfalls hat die Karlsruher Zeitung nichts Schlimmeres getan, als was unter Duldung der bayerischen Regierung Münchener Blätter monatelang getrieben haben. Wir erinnern uns, erst jüngst im „Miesbacher Anzeiger“ einen Artikel gelesen zu haben mit der Ueberschrift „Die Aschantis an der Saale“, der sich auf die Bewohner der Provinz Sachsen bezog. Aber nicht ist uns bekannt, daß die Regierung Kahr gegen diese Beschimpfung der mitteldeutschen Bevölkerung etwas einzuwenden gehabt hätte. Ist die Bezeichnung „Aschanti“ nur für den Münchener eine Beleidigung, nicht auch für den Hallenser? Und ebenso hat die bayerische Regierung nichts dagegen getan, als der „Miesbacher Anzeiger“ seine Gefühle für die Reichsregierung durch einen „dreimal gedrehten Kaktus“ kennzeichnete und der „Deutschvölkische Beobachter“ von einem „Reichsregierungsborde!“ schrieb.

Woher nimmt Herr Kahr jetzt das Recht zu moralischer Entwertung?

München, 16. Juni. Amlich wird gemeldet: Das Staatsministerium des Innern hat die Belohnung für die Ergreifung des Mörders des Abgeordneten Careis von 10 000 M. auf 30 000 M. erhöht.

Die „Freiheit“ in München verboten. Der „Münchener Post“ wurde vom Zeitungspostamt mitgeteilt, daß die in Berlin erscheinende „Freiheit“, das Zentralorgan der U.S.R., von der Polizeidirektion München auf einige Tage verboten sei und deshalb vom Postamt nicht ausgegeben werden dürfe. (Hoffentlich wird hierfür der „Miesbacher Anzeiger“ in verstärkter Anzahl eingeführt!)

Die Hamburger Bürgerchaft hat auf Antrag sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, beschlossen, eine Million Mark zur Verringerung der Rot in Ober-Schlesien zu spenden.

Die neue Volksbühne am Königsplatz.

1.

Als das Haus der Volksbühne am Bülowplatz im Dezember 1914, wenige Monate nach Beginn des Weltkrieges, eröffnet wurde, war sich alle Welt darüber klar, daß es sich hier um ein Kulturwert ersten Ranges handelte. Zum erstenmal in der Geschichte des Theaters hatte das Volk sich selbst das Haus geschaffen, in dem es die Erschlitterungen und die Erhebungen der dramatischen Kunst erleben wollte. Aus zahllosen winzigen Beiträgen, nur aus den Mitteln der kleinen Leute, war das schönste Theater Berlins geschaffen worden.

Niemand konnte damals ahnen, daß schon in ganz kurzer Zeit dieses große Haus mit seinen 2000 Plätzen nicht mehr genügen würde, um die Massen der Kunstgünstigen aufzunehmen. Wenn es heute, nach kaum 6 Jahren, trotzdem erforderlich wird, ein zweites Haus dem bestehenden an die Seite zu setzen, so ist die Ursache dieser erfreulichen Tatsache zu suchen in der geradezu sprunghaften Entwicklung der Berliner Volksbühne, die von etwa 50 000 Mitgliedern vor dem Kriege auf 140 000 Mitglieder im letzten Spieljahr angewachsen ist und noch Zehntausende mehr aufnehmen könnte, wenn der dazu erforderliche Theaterraum zur Verfügung stände. Dieser Theaterraum soll nun geschaffen werden durch den Umbau des ehemaligen Krollischen Theaters am Königsplatz. Nachdem die bekannte Magistratsvorlage betreffend Uebernahme einer Garantie für eine von privater Seite zu gemärende Hypothek von den Stadiverordneten angenommen worden ist, ist das letzte Hindernis für die Durchführung des Unternehmens beseitigt und in Kürze wird der Bau beginnen.

Das ehemalige Krollische Theater stammt in seinem Hauptteil aus den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Und zwar war es damals nicht als Theater, sondern als Ball- und Gesellschafts-Etablissement“ erbaut worden. Später in den 90er Jahren wurde aus dem Ball-Etablissement ein Theater gemacht, indem man hinter den mittleren großen Saal den sog. Königsaal, ein mächtiges Bühnenhaus anbaute. Sehr geeignet für Theaterzwecke erwies sich dieser Saal aber nicht. Die Bühnenöffnung lag an seiner Breitseite, so daß rechts und links von der Bühne eine erhebliche Anzahl von Plätzen sich befand, auf denen man weder gut sehen noch hören konnte. Wenn jetzt das Haus zu einem neuen, modernen Theater umgebaut werden soll, so muß dafür gesorgt werden, daß die Form des Saales eine solche wird, daß die Vorgänge auf der Bühne von jedem Platz aus deutlich wahrgenommen werden können. Außerdem muß die Frage der Kleiderablage in wesentlich besserer Weise gelöst werden, als dies bei dem alten Theater der Fall war.

Diese beiden Bedingungen sind in dem von dem bekannten Theaterarchitekten Oskar Kaufmann entworfenen Plan in vorbildlicher Weise erfüllt worden.

Rückwärts, rückwärts!

Der Kurs des neuen Unterrichtsministeriums.

Der preussische Kultusminister Becker hat, wie die SA. schreibt, an die Schulbehörden eine Verfügung erlassen, in der er diese auffordert, vor der bereits in vielen Orten wie in Adlers- hof und Neukölln geschehenen Zusammenfassung der nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Schüler und Schülerinnen in besonderen Schulen andere Gemeinden, von denen dies ebenfalls beantragt wird, zu warnen. Er meint, es würde „eine unnötige Beunruhigung des Schulwesens und eine fortgesetzte empfindliche Störung der unterrichtlichen und erzieherischen Schularbeit bedeuten“, da ja nach „wenigen (!!) Monaten“ durch die gefesselte Einrichtung der eigentlichen weltlichen Schulen „eine neue Umgruppierung der Schüler und ganzer Schulsysteme, ein abermaliger Wechsel der Lehrpersonen und der Schulräume und eine neue Verlegung der Schulwege“ stattfinden müßten.

Darauf ist zu entgegnen, daß voraussichtlich nicht nur wenige Monate vergehen werden, bis die Einrichtung weltlicher Schulen geregelt ist. Die jetzt eben dem Reichstag zugegangene Vorlage des Reichsgesetzes muß vollständig umgestaltet werden, da die Annahme und Durchführung dieses Entwurfs das deutsche Schulleben in die schlimmsten Zeiten der konfessionellen Zerrissenheit zurückwerfen und das Werden der Einheitschule erheblich stören würde. Auch ist nach Annahme des Reichsgesetzes der gefesselte Weg zur Errichtung weltlicher Schulen erst durch die Bundesgesetzgebung zu ebnen. Daher wird die gefesselte Regelung wohl leider noch einige Zeit dauern. Ferner ist bei der Ueberführung der Schulen, die jetzt von dem nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Schülern besucht werden, in weltliche keine neue Umgruppierung der Schüler, sondern nur eine Uenderung des Lehrplanes nötig, da anzunehmen ist, daß die Eltern, welche ihre Kinder jetzt in solche Schulen schicken, den vollständigen Ausbau dieser zu weltlichen warm begrüßen werden.

Ein kompromittierter Polizeioberst.

Unter der Beschuldigung der Beleidigung des Oberst Berg stand gestern der Schuppolizeuleutnant Thormann vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Grundlage des Prozesses ist ein Bericht, den Thormann unter dem 17. März 1920 an den Kommandeur der Schuppolizei, Kaupisch, eingereicht hatte. Es hieß darin u. a.: Aus einer Rücksprache mit Oberst Berg hätte der Angeklagte schon Wochen vor dem Kapp-Putsch entnehmen können, wie auf diesen Putsch hingearbeitet worden sei. Oberst Berg habe auf des Angeklagten Entlassung hingearbeitet, weil er keine Reserveoffiziere, sondern

nur zuverlässige Offiziere für die Reaktion

haben wolle; die Dienststellen der Eipo urteilten nicht nach der Tüchtigkeit, sondern trieben Parteilichkeit. Der erste Termin dieser Verhandlung, zum gestrigen Termin waren auf Antrag des R. A. Bahn eine große Anzahl von Zeugen zur Führung des Wahrheitsbeweises geladen worden, aus deren Vernehmung jedoch nach kurzer Vernehmung des Angeklagten alles abgelehnt wurde. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung, weil der Angeklagte seine wirtschaftlichen Interessen habe wahren wollen. R. A. Bahn nahm den Schutz des § 193 StrGB. für den Angeklagten in Anspruch. Es hätten sich beim Kapp-Putsch innerhalb der Eipo zwei Parteien gebildet, von denen die eine der Regierung Obert die Treue bewahren, die andere sie stürzen und die Kapp- Leute an ihre Stelle setzen wolle. Der Angeklagte habe zur republikanischen Partei gehört und geglaubt, daß er deshalb von bestimmten Vorgesetzten zurückgewiesen würde. Nach dem Abfliegen des Kapp-Putches habe der Kommandeur Kaupisch die Mitglieder der Eipo aufgefordert, dem Minister des Innern etwaiges Belastungsmaterial einzureichen, um die am Kapp-Putsch beteiligten Beamten der Eipo zur Rechenschaft zu ziehen. Darauf habe der Angeklagte den inkriminierten Bericht eingereicht und diejenigen Offiziere namhaft gemacht, die für Kapp agitieren hätten. Der Angeklagte habe also in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt. — Das Gericht

sprach aus demselben Gesichtspunkte den Angeklagten frei.

und zwar, wie der Vorsitzende bemerkte, glänzend, denn es wäre auch zu kompensieren gewesen, daß Oberst Berg eine schwer beleidigende Schrift gegen Thormann eingereicht habe.

Der Eingang zum neuen Haus liegt nicht mehr wie bisher an den beiden Enden der Anlage, sondern für das Theater wird in der Mitte des Grundstücks, dort wo heute eine Terrasse halb- kreisförmig in den Platz schneidet, ein besonderer Zugang geschaffen und zwar in der Höhe des Bürgersteigs. Von hier aus gelangt der Besucher in eine sehr geräumige Kassenhalle, die unterhalb der heutigen Terrasse sich befindet. Sie zeigt nicht weniger als 330 Quadratmeter Fläche. Von der Kassenhalle geht es geradezu in die große Kleiderablagehalle von 450 Quadratmeter Fläche, die sich unterhalb des Königsalles befindet. Sämtliche Besucher des Parketts geben hier ihre Garderobe ab. Rechts und links von der Kleiderablagehalle gelangt man dann durch zwei Treppenhallen hinauf in das Parkett und in die beiden Ränge.

Um die Form des Saales günstiger zu gestalten, hat Oskar Kaufmann den Raum nicht allein vergrößert, sondern ihn auch verlängert, indem er mit dem Zuschauerraum zum Teil in das jetzige Bühnenhaus hineingeht. Durch dieses, man darf wohl sagen, genialen Gedanken erhält der Zuschauerraum zum Teil jetzt eine erheblich günstigere Gestalt. Die Bühnenöffnung liegt nicht mehr wie beim alten Saal an der Breitseite, sondern in der Längsachse des Zuschauerraumes, d. h. der Raum erhält die typische Theaterform. Das Parkett wird ungewöhnlich groß: Nicht weniger als 1346 Personen finden hier Platz. Aber diese Zahl, so groß sie ist, würde nicht genügen, um die Wirtschaftlichkeit des Hauses zu sichern. Kaufmann ordnete deshalb zwei Ränge an, die durch besondere Treppen zugänglich gemacht werden. Und zwar wird der zweite Rang nicht, wie üblich, über dem ersten, sondern hinter ihm aufgebaut, so daß auch für die Besucher des zweiten Ranges der Schinkel günstiger ist als sonst, obwohl die Entfernung des letzten Platzes von der Bühne nur unwesentlich größer ist, als in der alten Volksbühne. Das Parkett und sämtliche Ränge sind von breiten Umgängen (Bandhallen) umgeben, die im Parkett und ersten Rang zugleich als Erfrischungsräume ausgebildet werden. Diese Umgänge haben im Parkett und ersten Rang die respektable Breite von 7,25 Meter.

Insgesamt erhält das Theater im Parkett und beiden Rängen etwa 2200 gute Sitzplätze.

Von den streifenden Schauspielern des Altonaer Stadttheaters wurde am Mittwoch unter der Regie Dr. Czempins, des ehemaligen Berliner Bezirksobmanns der Bühnengenossenschaft, das revolutionäre Schauspiel „Freiheit“ von Herbert Kranz zur Aufführung gebracht. Nach einer Ansprache Czempins ging es vor überfülltem Saal in Szene. Die streifenden Altonaer Schauspieler begannen mit diesem Abend ihre Sommerpielzeit. Es erhob sich das Gerücht von der Gründung eines ständigen Gemerkeltheaters unter Maria Borchards und Dr. Czempins Führung.

Der glänzende Freispruch des Angeklagten Leutnant Thormann bedeutet einen ebenso glänzenden Hereinfall des Obersten Berg. Wir bedauern lebhaft, daß — aus uns verständlichen Gründen — von einer Beweisaufnahme Abstand genommen wurde. Diese würde nämlich ein Bild von dem Verhalten des Obersten Berg in den Kapp-Tagen ergeben haben, durch das dieser Herr ein für alle Male gekennzeichnet worden wäre. Wir haben schon gleich in den Wochen nach dem Kapp-Putsch mehrfach darauf hingewiesen, daß der Oberst Berg nach seinem Verhalten eine unmögliche Figur geworden sei, leider ohne die maßgebenden Stellen zu überzeugen. Vielleicht überzeugen sie sich jetzt!

Die sterbende Verleumdungszentrale.

Einen interessanten Einblick in die sonstige Tätigkeit der Mitglieder der Verleumdungszentrale Sonnenfeld-Prinz gewährt die gegen den Schlosser Martin Raschke geführte Verhandlung wegen Ermordung des Rittergutsbesizers Otto Raschke wurde zu sieben Jahren sechs Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt und ihm jede Glaubwürdigkeit abgeprochen. Dieser Raschke, der während der Januarunruhen 1919 vorübergehend Chauffeur im Regiment Reichstag war, spielte in den Prozessen Sonnenfeld und Prinz die Rolle eines Kronzeugen gegen unsere Vorgesetzten. Er war es, der sein Auto, das Rosa Luxemburg aus dem Zellengefängnis in Roabit holen sollte, geführt und den Auftrag hierzu von Scheidemanns Schwägerin, Genossen Hensel, erhalten haben wollte. Trotzdem Raschkes Aussagen in einem ersten Termine entgegenge- setzt lauteten, hat er später unter Eid und mit Unterstützung der Gegner Aussagen gemacht, die dem Staatsanwalt und Gerichtshof Veranlassung gaben, Hensel Unglaubwürdigkeit vorzuwerfen.

Raschke wurde von demselben Rechtsanwalt Rübels verteidigt, der Prinz 2000 M. für den gefälschten Nordbefehl gab und ihm weiteres Geld in Aussicht stellte.

Wie kam die Staatsanwaltschaft dazu, Raschke als Zeugen in den Sonnenfeld-Prinz-Prozessen überhaupt zu benutzen, und wie kommt Rechtsanwalt Rübels, der Verteidiger der Sonnenfeld und Prinz, zu Raschke?

Kommunistische Taktik.

Die „rote Fahne“ beschäftigt sich mit dem Verbot des kommunistischen Blattes „Klassenkampf“ in Halle und mit der Ablehnung der von dem Verlag dieses Blattes beim Reichsratsauschuss eingeleiteten Beschwerde. Dabei wird für die Begründung, die der Reichsratsauschuss seinem Beschluß beigegeben hat, der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer verantwortlich gemacht, daß er in dieser Begründung schon den Titel „Klassenkampf“ als verlegend erklärt habe.

Die kommunistische Presse geht bei diesen Angriffen von einer durchaus falschen Voraussetzung aus. Der Reichsminister ist lediglich Vorsitzender des Reichsratsauschusses, hat aber weder an der Urteilsfällung noch an der Ausarbeitung der Begründung einen Anteil. Die Unterschrift des Reichsministers bezeugt lediglich, daß der Reichsratsauschuss demgemäß beschloffen hat.

Hölyopfer. Das Sondergericht in Halle verhandelte gegen die Hauptführer der Mansfelder Bankräuber, die dort während des mitteldeutschen Aufstands Spar- und Volkssparpländerer. Der Richter Grünberg und der Bergmann Müller aus Mansfeld wurden zu neun bzw. zehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Müller ist derselbe, der als Vorsitzender des Volksrates im Ruhrgebiete im Vorjahre von der Duisburger Reichsbank eine Million Mark für die rote Armee erpreßt hatte.

Der Bevölkerungsausschuss des Preussischen Landtages nahm einen Antrag an, die Staatsregierung zu ersuchen, die gesetzlichen Grundlagen für eine Anzeigepflicht der offener tuberkulösen Erkrankten (Lungen-, Kehlkopf- und Knochen-tuberkulose) mit größter Beschleunigung dem Landtag zu unterbreiten.

Hilfe für die Wiener Hochschulen. Der Hauptverband der Industrie Oesterreichs hat gemeinsam mit den Leitern von Banken beschlossen, für die Wiener Hochschulen 8 Millionen Kronen zu widmen. Die Widmung erfolgt in Berücksichtigung der Lage der Wiener Hochschulen, deren wissenschaftlicher Betrieb durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gefährdet ist.

Die „Sonnenmünze“, die sich jetzt so mancher Großstädter auf seiner Ferienreise im Gebirge oder am Strand zulegt, wird vielfach als ein Zeichen besonderer Gesundheit angesehen, und jeder, der sonnengebräunt heimkehrt, pflegt der Zufur zu begrüßen: „Sehen Sie aber wohl aus!“ Es ist aber nichts trügerischer, als die Gesundheit eines Menschen nach dem Bräunton seines Leintz zu beurteilen. Der „verbrannt“ ist, kann ein kerngesunder Mensch sein; er muß es aber durchaus nicht sein. Es gibt Leute, die überhaupt nicht verbrennen, auch wenn sie sich immerfort der Sonne aussetzen. Die Sonnenbräune entsteht durch eine Pigmentierung, die infolge der starken Lichtwirkung in den äußeren Schichten der Haut hervorgerufen wird. Die Natur verliert dadurch die tieferen Gefäßschichten vor allzu großer Hitze und allzu blendendem Licht zu schützen. Immerhin kann man annehmen, daß ein verbranntes Gesicht, das auf langen Aufenthalt im freien Schließen läßt, von einer ausgiebigen Erholung des betreffenden erzählt. Man soll aber die „Sonnenmünze“ niemals mit Gewalt erzwingen wollen. Seht man sich allzu sehr der Sonnenhitze aus, so entstehen nicht nur Hautentzündungen, die man als „Sonnenbrand“ bezeichnet, sondern es können auch schwerere Erkrankungen des ganzen Organismus eintreten, die ihren heftigsten Ausdruck im „Hitzschlag“ finden.

Alpenglühn. Jeder weiß, was damit gemeint ist, aber die Frage, wie es entsteht, hat sogar gelehrten Physikern Kopfzerbrechen gemacht. Die eben noch schneeweißen Hüupter der Berge färben sich rot, in immer larteren Tönen. Dann wird alles dunkel, alles grau, oder noch einmal leuchtet es rosa auf, und diese Wirkung ist um so schöner, als alles rings umher sonst dunkel ist. Diese Erscheinung dauert nur kurze Zeit und sie ist das eigentliche Alpenglühn, die „Wiederauferstehung“ (résurrection), wie sie es in der französischen Schweiz nennen. Dr. Pölschel gibt neuerdings für das Phänomen folgende Erklärung: Wenn die letzten Strahlen der Sonne die Höhe verlassen, so löst sich die unterste Schicht der sie umgebenden Luft stark ab. Diese zieht sich dadurch mehr zusammen und bricht deshalb die Sonnenstrahlen stärker. Ist die Sonne nun etwa eine Viertelstunde unter dem Horizont, so kommen ihre Strahlen doch noch immer in die oberen Luftschichten infolge der Brechung. Sie beschreiben förmlich einen Bogen. Die Strahlen der etwa am Horizont von Bordeaux noch eben sichtbaren Sonne treffen so die Alpen noch einmal wieder, freilich stark geschwächt durch den Weg, den sie durch die Atmosphäre zurückgelegt haben und fast ganz von den blauen Strahlen befreit, so daß sie die Gipfel im reinsten Rot erglänzen lassen.

Volksbühne. Die diesjährige Sommerpielzeit im Theater am Bülowplatz beginnt am 1. Juli. Als erstes Stück gelangt „Der Kaiserjäger“ von Dörmal und Benzert zur Aufführung.

Der Berliner Haushaltplan.

Wiederherstellung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern der Entwurf des Haushaltsplans für 1921 durch den neuen Kammerer Karding mit einer Rede vorgelegt, die stark die Notwendigkeit betonte, das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben wieder herzustellen. Daß es für 1921 bereits gelungen ist, begrüßte er als einen erfreulichen Anfang zur Rückkehr einer geordneten Finanzwirtschaft, in der keine Ausgabe ohne Deckung bewilligt werden darf. Erreicht hat er die Bilanzierung dadurch, daß er die Ausgaben auf „das unbedingt-Nötige“ einschränkte und andererseits für die Steigerung der Einnahme die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung stärker in Anspruch nahm. Er kündigte an, daß er auf diesem Wege noch fortschreiten müsse und werde. Gegen die „Los-von-Berlin“-Bewegung, die in den westlichen Vororten geschürt wird und durch die besonders ihnen sehr unbecommene Finanzpolitik der einheitlichen Stadtgemeinde Berlin neue Nahrung erhält, wandte sich der Kammerer in mahnenden Worten. Seine Rede wurde abwechselnd von den rechtsstehenden Fraktionen und von den Kommunisten mit höhnenden Bemerkungen unterbrochen. — Im letzten Teil der Sitzung gab es in der Debatte über die **Änderung der Straßennamen** wieder einmal einen niedlichen Krakeel, zu dem die Kommunisten wie die Deutschnationalen nach Kräften beisteuerten. Vorsteher Dr. Wehl war machtlos und mußte die Sitzung abbrechen. Von der langen Tagesordnung war trotz vierundeinhalbstündiger Dauer der Sitzung nur sehr wenig erledigt worden.

Sitzungsbericht.

Eine dringende Anfrage der Deutschnationalen Lüdke u. Gen. verlangt Auskunft vom Magistrat, wie er in Zukunft Unzulänglichkeiten vermeiden will, wie sie gestern in der Verkehrsdeputation durch das unqualifizierbare Verhalten von Betriebsratsmitgliedern der Straßenbahn verursacht worden sind.

Ueber die **Auskuhverhandlungen** zum Antrage der Kommunisten, der auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Blinden in der Städtischen Blindenanstalt und auf Beschaffung besserer Arbeitsmöglichkeiten für sie gerichtet ist und u. a. sämtliche Verwaltungsstellen Groß-Berlins verpflichten will, alle in Betracht kommenden Arbeiten in der Anstalt anfertigen zu lassen und alle dort produzierten Gegenstände von dort zu beziehen, berichtet ausführlich Stadtd. Pfannkuch (Soz.). Der Ausschuß hat anerkannt, daß der **Arbeitsverdienst der Blinden** durchaus ungenügend ist, und empfiehlt eine entsprechende Aufhebung der Zuschüsse. — Frau Rätger (Dnalk.) beantragt zum diesem Zwecke die Schaffung eines besonderen Wohlfahrtsfonds.

Verten (Dem.): Man sollte sich auf die Schaffung eines Fonds beschränken. In der Anstalt befinden sich nur 200 Blinde; die Rückwirkung einer Unterstützung nach dem Vorschlag des Ausschusses auf die 2000 sonstigen Blinden und schließlich auf den Etat würde sich sehr bald fühlbar machen. — Kintorf (Komm.): Wir haben mit dem Antrag die Frage des Existenzminimums aufgearbeitet, indem wir verlangen, daß der Arbeitsverdienst mit einem Zuschuß aus dem Wohlfahrtsfonds eine Höhe erreichen soll, wie er in den Privatbetrieben der gleichen Branche tarifmäßig gezahlt wird.

Frau Dr. Mejer (D. Sp.) bezeichnet die Anträge als agitatorisch.

Subke (Soz.): Der Wochenverdienst der Blinden beträgt 40 bis höchstens 100 M.; davon kann ein Blinder sich nicht erhalten. Will man den Deuten helfen, so muß positive Arbeit geleistet werden; man muß allen Blinden zu Hilfe kommen. Darum ist ein Wohlfahrtsfonds zu schaffen und so zu dotieren, daß entsprechende Zuschüsse gewährt werden können.

Rosemann (U. Soz.): Zunächst muß doch wohl den Anstaltsblindlingen geholfen werden. Ein Zuschuß in der Höhe, daß der Wochenverdienst auf 200 M. für Ledige, 250 M. für Verheiratete steigt, ist durchaus angepfehlen.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Vor allem eins,“ fragte er Herbert Behrens. „Wie kommt es, daß Sie noch begangener Tat die Flucht ergriffen, da Sie sich doch heute mit solcher Ruhe dem Gericht stellen? Warum stellen Sie sich nicht gleich?“

„Ich bin nicht geflohen,“ antwortete Herbert Behrens in einem Ton, der erkennen ließ, daß er die Wahrheit sprach. „Ich brauchte nur einige Zeit, um meine Angelegenheiten zu ordnen. Jetzt, wo das geschehen ist, bin ich hier.“

Und er schilderte die Vorgänge jenes Nachmittags, wie sie sich zugezogen hatten: Wie er, nicht zum ersten Male, Justus Blümmer zu einer Ruderpartie eingeladen und wie dieser angenommen hatte. Wie er dann, was auch die zwei anderen Boote auf der Mäster bemerkt hätten, mit Justus Blümmer über Dinge, bezüglich deren er jede Auskunft verweigern müsse, in Streit geraten sei, wie Justus Blümmer es gemeint sei, der ihn angegriffen habe, so daß er, Behrens, sich in der Notwehr seiner habe entledigen müssen, wenn er nicht selber ertrinken wollte.

„Sie behaupten also, aus Notwehr gehandelt zu haben? Und Sie fanden, als Sie sahen, daß der andere ertrank, nicht den Mut, ihn zu retten?“

Herbert Behrens schien auf diesen Einwand gefaßt zu sein. „Ich gebe zu, daß dies feig von mir war,“ sagte er. „Aber ich war in jenen Augenblicken nicht Herr meiner Sinne und dachte nur daran, mich zu retten.“

Als der Untersuchungsrichter auf den Brief zu sprechen kam, den Behrens vor seiner Abreise an Lucie Blümmer hatte befördert lassen, lehnte dieser es in einem bestimmten Ton, der eine tolle Unerbittlichkeit verriet, rundweg ab, über dessen Inhalt etwas auszusagen.

Dabei verharrete er auch, als ihm der Untersuchungsrichter vorhielt, daß eine solche Weigerung seine und Lucie Blümmers Sache nur verschlimmere, anstatt sie zu bessern, und daß, solange über diesen Punkt nicht Klarheit herrsche, an eine Haftentlassung der Frau nicht zu denken sei.

„Sie werden die Frau doch schließlich freigeben müssen,“ jagte er ein wenig spöttisch, „da ich doch alles auf mich nehme und da für ihre Schuld auch nicht der Schein eines Beweises vorliegt. Ich erkläre klipp und klar: Der Streit

in der Abstimmung wird der Ausschuh Antrag gegen U. Soz. und Komm. abgelehnt, der Antrag Rätger-Subke angenommen, wonach ein Wohlfahrtsfonds geschaffen werden soll, aus dem im Bedarfsfalle den Bedürftigen angemessene Zuschüsse zu gewähren sind. Der Antrag der U. Soz. vom 28. April, den Magistrat zu ersuchen, die

Höchstföge der Armenverwaltung.

welche ohne Genehmigung der Armenkreise bewilligt werden können, um 100 Proz. zu erhöhen, ist vom Ausschuh angenommen worden.

Es liegen dazu mehrere Amendements vor. Derjenige der Kommunisten geht darauf hinaus, die Sätze für Armen- und Erwerbslosenunterstützung gleichzustellen; Frau Rätger (Dnalk.) wünscht eine Anweisung an die Armenkommissionvorsitzer, unwillkürlich weitherzig an die Höchstföge heranzugehen und namentlich Kinderbeihilfen zu gewähren; v. Cynern (D. Sp.) beantragt die Armenkreise-Vorsitzer anzuweisen, mehr als bisher bei der Bemessung der Unterstützungen die Höchstföge zu erreichen oder mit Genehmigung der Armenkreise zu überschreiten.

Stadtrat Benede: Durch ein Rundschreiben an die Vorsteher, daß die Höchstföge in stärkerem Maße den Bedürftigen zugebilligt werden können, wird nach der Ansicht des Magistrats dem bestehenden Bedürfnis genügt.

Subke (Soz.): Wir treten dem Antrage der U. Soz. bei. Es muß darauf hingearbeitet werden, die Höchstföge zu erreichen. Die Vorsteher müssen alle Vierteljahre die Kollage der Almosenempfänger daranzuhin prüfen.

Frau Kollita (Komm.) befürwortet den Antrag ihrer Freunde, der über den Antrag Wehl hinausgeht. Frau Rätger legt besonderen Nachdruck auf umfassendere Gewährung von Kinderbeihilfen.

In der Abstimmung erhält der Antrag Wehl die Mehrheit. Es laufen dringende Anträge ein, die den

Waffenfund im Rathaus zu Schöneberg

und den Streit der städtischen Gutsarbeiter betreffen. Der Vorschlag des Vorstehers, nunmehr den Vortrag des Kammerers zum

Entwurf des Stadthaushalts für 1921

entgegenzunehmen, löst bei den Kommunisten auf Widerspruch; die Mehrheit einschl. der U. Soz. entscheidet aber gegen sie.

Kammerer Dr. Karding: Wie der Etat für 1920 ist auch der für 1921 nur ein Notetat. Der Etat für 1921 ist noch belastet mit Nachforderungen für 1920 und mit einem sehr hohen Nachtragsetat für 1921. Die Schwierigkeiten liegen in äußeren Umständen, hauptsächlich in der späten Bildung der Bezirke. Außerordentlich groß aber sind die sachlichen Schwierigkeiten, mit denen der Etat für 1921 zu kämpfen hat, der außer seinem eigenen Fehlbetrag auch noch ein Fünftel des Fehlbetrages von 1920, also 80 Millionen, aus laufenden Mitteln zu decken hat. Wir können nicht arbeiten mit dem Motto „Nach uns die Sintflut“, wir wären sonst binnen wenigen Wochen am Rande des Ruins. Gleichwohl hat es gelingen müssen, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben wiederherzustellen. Das war ein bitteres, aber unumgängliches Nuss, und zwar durch Beschränkung der Ausgaben wie durch höchste Anspannung der Einnahmen. Bei den Ausgaben der Bezirke ist mechanisches Abschneiden nach Mäßigkeit vermieden worden. Mit dem „Los von Berlin“ sollte man es jetzt genug sein lassen; das ist ein ganz unfruchtbares Beginnen. Der Vorwurf, daß wir

an den Wohlfahrtsausgaben „brutal“ gepart

hätten, trifft uns nicht. Für die Fortführung und Vollendung der Nord-Südbahn haben wir leider nichts einstellen können; der Magistrat sucht fremdes Kapital dafür heranzuziehen. Die Werte steigen nicht, was Berlin von ihnen verlangen muß. In den Gaswerken, die 11 Millionen Defizit haben, sind 300 Millionen investiert; hier wie bei der Straßenbahn muß es bei allseitigem guten Willen auch in Groß-Berlin gelingen, zu besseren Erträgen zu gelangen. Auf erhöhten Anteil an der Reichseinkommensteuer werden wir für 1921 leider nicht zu rechnen haben. Erheblich gestiegen sein wird in diesem Jahr der Anteil der Stadt an der Umsatzsteuer. Die neuen Steuern werden 49 Millionen bringen, gegen nur 4 im vorigen Etat. In der Hauptsache werden für den Etat nur die Grund- und die Gewerbesteuer von Bedeutung sein, und zwar die

letztere weit mehr als die erstere. Die Gewerbesteuer wird noch ganz erheblich ausgebaut und ertragreicher gemacht werden können, nach Ansicht des Magistrats läßt sie sich auch auf das Zweieinhalbfache des Vorjahres steigern. 1922 werden wir eine neue Gewerbesteuerordnung besitzen. — In dem wirtschaftlichen Ergebnis des Haushaltsplans wird niemand Freude haben; er zeigt uns, wie schwer der Kampf ist, den wir führen müssen; aber er bedeutet einen großen Fortschritt, da er das Gleichgewicht wiederherstellt und gebieterisch die Rückkehr zu dem Grundton predigt, daß keine Ausgaben ohne Deckung geleistet werden. (Zustimmung und Unruhe.) Lassen Sie bei der zukünftigen Behandlung der städtischen Angelegenheiten die parteipolitischen Rücksichten mehr als bisher aus dem Spiel. (Beifall und Widerspruch.) Berlin soll sich von dem Vorwurf befreien, die schwerfälligste Stadtverwaltung zu sein. (Unruhe.) Es werden noch Luxusausgaben gemacht. Wir müssen mit den Kriegsverhältnissen abbauen, wir sitzen jetzt mit dem roten Kopf da (Große Heiterkeit); schon in den nächsten Wochen gelangt an sie eine Vorlage, die diesen Abbau beschleunigen soll. Die große schwebende Schuld Berlins muß alsbald in eine feste verandelt werden.

Hierauf berichtet Dove (Dem.) über den Antrag Gabel betr. die

Änderung der Namen von Straßen und Plätzen. Der am 24. Februar gestellte Antrag ersucht den Magistrat, schnellstens eine Änderung der Namen solcher Straßen und Plätze vorzunehmen, deren Bezeichnung an das alte militärische, monarchistische System erinnert.

Gegen den Ausschuh Antrag, auf Beseitigung der Straßennamen demostich-monarchistischen Charakters hinzuwirken, wendet sich im Laufe der Erörterung Kintorf (Dnalk.), der unter wachsendem stürmischen Widerspruch der Unabhängigen und Kommunisten die Bedenken der Hohenzollern preist. Unter einem dreimaligen Hurrauf und ironischem Beifall der äußersten Linken verläßt der Redner die Tribüne. — Löwin (Soz.) hält den Ausschuh Antrag, soweit er auf Änderung von Straßennamen zum Zweck der Vermeidung von Verwechslungen abzielt, für selbstverständlich und verteidigt unter tumultuarischem Spektakel der Redner auch den weiteren Inhalt des Antrages. — Dr. Caspari (D. Sp.): Herr Löwin hat die letzten Jahre des Kaiserreichs als die schmuckvollsten bezeichnet. (Stürmische Zustimmung der Unabhängigen und Kommunisten, in welcher die weiteren Ausführungen des Redners verloren gehen. Unter großem Geschrei drängen plötzlich die Kommunisten nach rechts und gegen die Rednertribüne vor; in dichtem Knäuel ballen sich die Gruppen von rechts und links um den Tisch des Hauses zusammen und drohen, gegeneinander handgreiflich zu werden. Da weber der Redner nach Vortrager sich Behör verschaffen können, vertagt Dr. Wehl die Sitzung. Die Erregung dauert an.

Nach einer Viertelstunde eröffnet Dr. Wehl um 1/10 Uhr wieder die Sitzung mit der Mitteilung, daß Dr. Caspari nach seiner Angabe mißverstanden worden sei und bittet die Versammlung, nunmehr sozial Duldsamkeit zu üben, den Redner zu Ende reden zu lassen. Die Kommunisten antworten mit einem allgemeinen „Nein! Wir wollen ihn nicht hören!“ und setzen ihre lärmenden Unterbrechungen fort, so daß der Redner sich nicht verständlich machen kann. Auch die wiederholten Mahnungen des Vorstehers fruchten nichts. Unter diesen Umständen erklärt Dr. Wehl eine Fortsetzung der Beratung für aussichtslos und schließt kurzzerhand um 9 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Um die Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Die Entscheidung wird den Parteien schriftlich zugefleht.

Im weiteren Verlauf der vor dem 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts am gestrigen Donnerstag zur Verhandlung gelangten Klage der Stadtverordneten Benede und Genossen auf Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadtverordnetenwahlen erklärte der Vertreter der Kläger, Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. v. Cyprien, daß seiner Partei, der Deutschen Volkspartei, nichts daran gelegen sei, mit der Ungültigkeitserklärung ein

allgemeines Chaos in Berlin

herbeizuführen. Von diesem Standpunkte aus richte er an das Gericht die Bitte, die Urteilsverkündung noch zu verlagern. Die Stadtverordnetenversammlung berate zurzeit über den Etat, und es würde im Interesse der Stadt Berlin liegen, wenn die Stadtverordnetenversammlung wenigstens solange zu Recht bestehen würde, bis diese wichtige Arbeit geleistet sei. Nachdem noch Rechtsanwält Dr. Rosenfeld als Vertreter der Beklagten erklärt hatte, daß gerade durch diese Klage die Finanzen der Stadt Berlin insofern der entstehenden Ungewißheit aufs stärkste erschüttert seien, gelangte die Frage der Gültigkeit der Bezirksverordnetenwahlen zur Sprache. Beide Parteien stellten sich auf den Standpunkt, daß die Stadtverordnetenwahlen von den Bezirksverordnetenwahlen nicht zu trennen seien und zu gleicher Zeit stattfinden müßten. v. Cynern zog hier-

mit ihrem Mame hatte nicht sie zum Gegenstand, und sie ist ohne jede Schuld!“

Dabei blieb er, soviel ihm der andere auch zusehen mochte. Er schien die Angelegenheit juristisch vollkommen zu beherrschen. Er sagte das, was er wollte, und kein Wort mehr. Und so führte man ihn schließlich ab.

Man schloß bald darauf die Untersuchung und eröffnete das Hauptverfahren.

Die Anklage lautete bei Herbert Behrens auf Mord, bei Lucie Blümmer auf Beihilfe.

Die Beweise genügen indessen nicht, eine Verurteilung wegen Mordes herbeizuführen, und so legte der Gerichtshof den Geschworenen die Frage auf Totschlag vor.

Darauf wurde Herbert Behrens zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.

Lucie Blümmer wurde freigesprochen.

Sie hatte sich während der Verhandlung völlig teilnahmelos verhalten.

Herbert Behrens nahm die Strafe an.

Der Direktor hatte zu Ende gelesen. Er sah auf und betrachtete schweigend eine lange Weile den Pastor, als beobachte er, welche Wirkung das Gehörte auf diesen gemacht habe.

Der Pastor löste seine Brille von den Ohren, putzte sie sorgfältig und sagte: „Welch ein Schurke!“

Der Direktor nickte. „Ja, auch ich neige dem Glauben zu, daß Behrens sich nicht eines bloßen Totschlages, sondern eines wohlüberlegten Mordes schuldig gemacht hat. Und doch

„Und doch?“ fragte der Pastor erstaunt.

„... und doch hat der Mann etwas an sich, das für ihn einnimmt. Es läßt sich schwer erklären, was es ist. Im Grunde wohl dieses, daß er ein Charakter ist. Ein ganzer Charakter.“

Der Direktor stand auf und mah mit langen Schritten das Zimmer. „Was Sie gehört haben,“ fuhr er fort, „steht in der Affäre nur das roh Tatsächliche dar, das, was geschehen ist, nicht jenes, welches die inneren Gründe waren, die zu der Tat führten. Diese Gründe liegen im Dunkeln und gestatten nur Vermutungen. Der ganze Mann ist ein Rätsel. Und die Art, wie er seine Strafe trägt, ist heroisch.“

„Ein Verstockter!“ warf der Pastor ein.

„Ein Verstockter,“ pflüchete der Direktor bei, „jamaohl, aber einer, dessen Verstocktheit Ueberzeugung ist. Einer, der für etwas leidet, das er für eine gute Tat hält. Und der sein Leiden zäh und tapfer trägt und der es so zu tragen gedankt bis zu dem Tage, da er es abwerfen kann, bis zu dem Tage, da er siegt hat.“

Der Direktor blieb stehen und machte eine heftige Bewegung nach dem Pastor hin. „Ich vergaß,“ sagte er, „als ich vorhin dreierlei Arten von Verbrechern unterschied, eine vierte: die Verstockten aus Ueberzeugung. . . Wenn es Verbrecher gibt, die das Gefängnis geübert verlassen, in Wahrheit gebessert, dann sind es diese. Nur bessert auch sie nicht das Gefängnis, sondern die schwere Last ihrer Tat!“

II. Reiserer.

Am Morgen eines Sonntags im Mai öffnete der Pförtner dem Hermann Reiserer das Tor des Gefängnisses.

Das war ein Moment, in dem der Entlassene erbebte. Etwas Finsteres hallte sich in ihm zusammen, eine dunkle Kraft des Widerstandes, die geknabert in ihm lag, seit Monaten, seit Jahren, und danach strebte, frei zu werden und sich zu äußern.

Ganz heimtlich überfiel ihn eine Verführung, die er während der ganzen vier Jahre seiner Haft nie gespürt hatte: die Verführung, sich zu wehren, sich zu rächen.

„Ich hob er den Kopf und wandte ihn dem Pförtner zu, der die brutale Gewalt verkörperte, der er, Reiserer, jetzt entrannt, um diesem mit einem einzigen Blick hochmütiger Ueberlegenheit seine tiefe Verachtung zu bezeigen.“

Doch im gleichen Augenblick ließ er den Kopf wieder sinken. Etwas in seinem Inneren war entzwei. Es war kein Wille, der gebrochen war und der das Gefühl wahrer Verachtung nicht mehr ausbrachte.

Und so wurde aus seiner Ueberlegenheit plötzlich Demut, eine Demut, die aus einer rätselhaften, dumpfen Furcht geboren war, — und er errödete heilig, nickte dem Pförtner schein lächelnd zu und drückte sich wie ein Dieb durch das Tor.

Nun eilte er die Straße hinauf, den Blick starr gerodet, aus gerichtet und sich gewaltfam blind machend gegen alles, was er sah.

Eine heiße Scham war in ihm und eine noch heißere Furcht, daß man ihm ansehen könne, woher er kam.

(Fortf. folgt.)

17. Generalversammlung der Maler.

Frankfurt a. M., 15. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

Der Verbandstag nahm heute zunächst ein Referat des Landesgewerbezugs Dr. Kölich-München über „Die Bleischäden im Malergewerbe“ entgegen. Der Verband kämpft schon seit Jahrzehnten gegen die Gesundheitschäden der Bleisweißarbeit im Malergewerbe und hat wiederholt in Eingaben an die Regierung ein Verbot der Verarbeitung von Bleisweiß verlangt. Der Referent behandelte das Thema vom ärztlichen Standpunkt aus und als Gewerbezugsmitglied. Er gab eine anschauliche Schilderung der schädlichen Wirkungen der Bleivergiftung auf den menschlichen Körper. Eine gesundheitliche Schädigung bei Bleisweißarbeit bestehe zweifellos, Abhilfe sei notwendig. Daher verlangt ein beschränktes Verbot von Bleisweißverarbeitung und eine Verschärfung der bestehenden Schutzbestimmungen. Alle Maßnahmen müssten aber international durchgeführt werden.

Nach einer längeren Diskussion stimmte der Verbandstag einer Entschließung zu, in der ausgesprochen ist, daß die Generalversammlung in der

Verwendung der giftigen Bleifarben

eine schwere Gefahr für die Gesundheit der Arbeiter des Malergewerbes und deren Angehörigen erblickt. Es wäre folgerichtig, ein Verbot der Verarbeitung bleihaltiger Stoffe allgemein zu verlangen. In Rücksicht auf die sehr geringen Mengen, in denen bleihaltige Malerfarben verarbeitet werden, wird vorläufig das gesetzliche Verbot des in großen Umfange zur Verwendung kommenden und wegen seines hohen Giftgehalts am meisten gesundheitsschädlichen Bleisweißes und der Bleimennige zu Innen- und Außenanstrichen gefordert. Die Generalversammlung erwartet, daß diese nicht nur im Interesse der bedrohten Arbeiterschaft, sondern auch im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt liegenden Forderung durch die Beschlüsse der dritten Tagung der internationalen Arbeitskonferenz in allen Ländern erfüllt wird.

Ueber den Bauarbeiterschutz vorbereitete sich hierauf Gustav Heintze-Berlin. Er stellte die Forderung auf, daß Berufskrankheiten als Unfälle anerkannt werden müssen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund habe auf dem Gebiete der Unfallversicherung und zum Schutze gegen Gesundheitschäden viel geleistet und sei ständig bemüht, bei den amtlichen Stellen alles aufzubieten, daß die gestellten Forderungen durchgeführt werden. Heintze verlangte größeren Bauarbeiterschutz und besonders die

Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen.

Den Hauptberatungspunkt des Verbandstages: „Die Aufgaben der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft“ behandelte Verbandsvorsitzender Streine-Hamburg. Er bezeichnete als Hauptaufgabe der Gewerkschaften, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter zu heben und damit die Arbeiter zu befähigen, einen größeren Einfluss auf das öffentliche und wirtschaftliche Leben auszuüben. Das Ziel sei, den Sozialismus zur Verwirklichung zu bringen. Der Kampf hierfür erfordere den Zusammenschluß von Hand- und Kopfarbeitern. Durch die Gewerkschaftsarbeit habe man für die Durchführung des Sozialismus Vorarbeit geleistet. Wenn der Wiederaufbau unserer Wirtschaft erfolgen solle, müssten neue Wege eingeschlagen werden. Der Kapitalismus sei allein nicht in der Lage, den Wiederaufbau durchzuführen. Dazu sei notwendig, daß bestimmte Produktionszweige sozialisiert würden. Gegenüber den Bestrebungen, die Gewerkschaften in das kommunistische Fahrwasser hineinzutreiben, müsse die Generalversammlung aussprechen, daß sie hinter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehe, die mit ihren über 25 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern

einen kräftigen Wall gegen die internationale Kapitalmacht

bilde. Es seien alle Bestrebungen zu verurteilen, die die Gewerkschaften ihrer organisatorischen Selbständigkeit berauben, die politische Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder unterbinden und den für falsch erkannten Methoden wirkenden Organisationen und Personen Einfluss verschaffen wollen. Die Amsterdamer Internationale habe bewiesen, daß sie aktionsfähig ist und den richtigen Weg gebe, um die Interessen der gewerkschaftlichen Arbeiter zu vertreten. (Zustimmung.)

Es wurde dann beschloffen, einem Redner der kommunistischen Richtung eine Redezeit von einer halben Stunde zu gewähren. Palenz-Gotha sprach für die kommunistische Oppo-

gung er läßt ein, sondern rechtfertigt sich nach dem, was bei den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen mit den alten gewerkschaftlichen Kampfmitteln nicht mehr auskommen könne. Die Gewerkschaften müssten sich umhauen auf die kommenden großen politischen und sozialen Ereignisse. Die Amsterdamer gewerkschaftliche Internationale sei nichts weiter als die zweite Internationale. Die Kommunisten müssten die Amsterdamer Internationale entscheiden ablehnen. Die Idee des Kommunismus sei so stark, daß man sie nicht unterbinden könne, nicht durch Ausschüsse noch durch sonstige Maßnahmen.

In diese Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion, die morgen noch fortgesetzt wird.

13. Generalversammlung der Glasarbeiter

In einem groß angelegten Referat, das mit starkem Beifall aufgenommen wurde, ging der 2. Verbandsvorsitzende Grünzel davon aus, daß das Festhalten an der Tarifpolitik wie auch die Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften als eine Zweckmäßigkeitfrage zu bewerten sei, und zwar von der Frage ausgehend, ob Festhalten oder Verwerfung der Arbeiterschaft den meisten Nutzen bringe. Er beantwortete und begründete diese Frage entschieden im Sinne des Festhaltens und beantwortete eine Resolution folgenden Hauptinhalte:

Tarifgemeinschaften liegen im Interesse der Einheitlichkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Bezirks- und Reichsarbeits-tarife sollen abgeschlossen werden, wenn die Mehrheit der Branchenangehörigen sich dafür erklärt. Ist auf Grund des Reichsentschlusses ein Tarifvertrag zustande gekommen, dann verpflichtet die Generalversammlung die Delegierten, auf alle Branchenangehörigen einzuwirken, sich dem zu fügen.

Die Arbeitsgemeinschaften sind so lange aufrechtzuerhalten, bis ihre zu leistenden Aufgaben durch andere Körperschaften übernommen werden. Nach Erfüllung des in der Reichsentschlusung gegebenen Versprechens, Interessensvertretungen der Arbeiterschaft zu schaffen, hält die Generalversammlung die Arbeitsgemeinschaften für erledigt.

Die Mitarbeiterchaft in den Lohnhandelsstellen und im Reichswirtschaftsrat hält die Generalversammlung für unbedingt geboten und verpflichtet die in diesen Körperschaften bisher tätigen Kollegen, nach wie vor die Interessen der Allgemeinheit und damit auch die der Arbeiterschaft mit allen Kräften zu vertreten.

Dem stellte der zweite Referent, Schaper-Alexanderhütte, in sachlicher Weise seinen Gedankengang gegenüber. Die Arbeitsgemeinschaften seien Gründungen im Interesse der Unternehmer, von ihnen befürwortet, um den Lohn- und Arbeitsforderungen der Arbeiter zu widerstehen, gegründet in der Zeit, als die Arbeiter die größte Macht hatten. Arbeitsgemeinschaftspolitik bedeute

Verkauf des Erstgeburtserbteils

der Arbeiterklasse. Nur wenige Monate Weiterentwicklung noch, und die Verhältnisse werden zur Zusammenfassung der ganzen Arbeiterklasse gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zwingen.

Auch diesem Vortrag wurde von einem Teil der Delegierten starker Beifall gezollt.

Eine Resolution Lewin-Stügerbach schlug vor, den Vorstand zu beauftragen, den DDB, zum gemeinsamen Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften aufzufordern. In der Aussprache wurden vielerlei Einzelheiten zu den Tariffragen vorgebracht. Die grundsätzliche Frage des Ja oder Nein zu den Tarif- und Arbeitsgemeinschaften wurde im ganzen von Frank-Niedhütte, Kerschbaum-Ragenhütte, Krebs-Arnstadt, Lehmann-Weißwasser, Rehbauer-Radeberg, Rauch-Weißwasser, Rahn-Brand-Gebisdorf, Pöfker-Mienfeld, Knöfel-Moritzdorf, Müller (Hauptvorstand) bejahend, von Ehbauer und Blöth-Fürth, Strauch-Berlin, Bieling-Stralau und Krüger-Berresheim verneinend beantwortet.

Im Schlusswort vertrat Schaper gegenüber den ihm gemachten Vorhalten, daß er lediglich mit Theorien, Grünzel dagegen mit praktischen Vorschlägen operiert habe, den Standpunkt, daß nach seinen Theorien einstmals in der Arbeiterbewegung gehandelt worden sei, wogegen sie jetzt von ihrem alten Boden hinweggeführt worden sei. Nachdem Grünzel in einem lebhaften Schlusswort seiner Überzeugung von der unausweichlichen Umstellung des Wirtschaftslebens Ausdruck gegeben, der Schaperschen Logik aber als schief und verhängnisvoll, sowie auch einer Reihe Einwänden

zur Tarifpolitik zu Folge gegangenen war, wurde die Resolution Grünzels in dementsprechender Abstimmung mit 182 gegen 36 Stimmen angenommen.

Nach den Feststellungen der Randsprüfungskommission sind 171 stimmberühmte Delegierte, ausschließlich der Gäste und Verbandsfunktionäre, auf der Generalversammlung anwesend.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: R. 40, In den Zeiten 20.

Freitag, den 17. Juni, abends 7-8 Uhr:

Berlin: Jugendheim Volkshaus, Rosenthaler Str. 4, Vortrag: „Kampf der Jugend“. Charlottenburg: Jugendheim Volkshaus, Rosenthaler Str. 4, Vortrag: „Die Jugendbewegung“. Köpenick: Jugendheim Schule Hallescher Str. 4, Vortrag: „Die Jugendbewegung“. Neukölln: Jugendheim Volkshaus, Rosenthaler Str. 4, Vortrag: „Die Jugendbewegung“. Kreuzberg: Jugendheim Volkshaus, Rosenthaler Str. 4, Vortrag: „Die Jugendbewegung“. Prenzlauer Berg: Jugendheim Volkshaus, Rosenthaler Str. 4, Vortrag: „Die Jugendbewegung“. Spandau: Jugendheim Volkshaus, Rosenthaler Str. 4, Vortrag: „Die Jugendbewegung“. Tegel: Jugendheim Volkshaus, Rosenthaler Str. 4, Vortrag: „Die Jugendbewegung“. Wannsee: Jugendheim Volkshaus, Rosenthaler Str. 4, Vortrag: „Die Jugendbewegung“. Westend: Jugendheim Volkshaus, Rosenthaler Str. 4, Vortrag: „Die Jugendbewegung“.

Sonnabend, den 18. Juni:

Sommerfest der Jugend in den Gieseler Bergen, Restaurant „Berliner Sägewerk“, Bahnhofsplatz Eichwalde-Schmöckwitz.

Die Abteilungen treffen sich an folgenden Orten: Baumhüttenweg: 6 Uhr am Bahnhof; Köpenick: 6 Uhr am Bahnhof; Kreuzberg: 6 Uhr am Bahnhof; Neukölln: 6 Uhr am Bahnhof; Prenzlauer Berg: 6 Uhr am Bahnhof; Spandau: 6 Uhr am Bahnhof; Tegel: 6 Uhr am Bahnhof; Wannsee: 6 Uhr am Bahnhof; Westend: 6 Uhr am Bahnhof.

Aus aller Welt.

Grubenunglück bei Zwickau. Auf noch ungeklärte Weise verlor auf dem Köfnersdorf in Reinsdorf die Förderung und der Förderstuhl stauete in die Tiefe. Von den zwölf darauf befindlichen Bergleuten waren sieben sofort tot, die anderen erlitten so schwere Verletzungen, daß sie alsbald verstarben. Von den 12 Berunglückten waren 10 verheiratet. Nach einer späteren Meldung ist die Ursache des Unglücks darin zu suchen, daß die Förderseile zu schwach belastet wurde und mit ungeheurer Gewalt in die Tiefe stürzte. Die Leichen der Verunglückten konnten bereits geborgen werden.

Milde Richter. Das Gericht von Nancy hat in dem Verleumdungsprozeß des Frauens Desjardins gegen die Journalisten Dumur und Balette und gegen die Zeitungen „Et Republicain“ und „Petit Parisien“ wegen Veröffentlichung eines Romanes über Beziehungen dieser Dame zum früheren deutschen Kronprinzen die beiden Journalisten zu je zehn Frank Geldstrafe, die Zeitung „Et Republicain“ zu fünf und den „Petit Parisien“ zu einem Frank Geldstrafe, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. (Schluß des rebellischen Teils.)

Dujardin
Weinbrand.
DUJARDIN & Co. G. m. b. H. ÜRDINGEN a. M.
LAROCHELLE (EISENACH-CHARENTAIS-MARQUE)

General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4946 und 4947.

SOENNECKEN
BONNA-FEDER

Überall erhältlich
P. SOENNECKEN • BONN • Berlin W, Tauhenstr. 16-18

Deutscher Metallarbeiterverb. Verwaltungsbüro Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Albert Geschke
Eggenz, Straße 22, am 18. Juni gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 17. Juni, nachm. 1 Uhr, im Krematorium Gieselerstraße statt.

Der nächste Vorstandskollege, der Arbeiter

Hermann Hoff
Spandau, am 11. Juni.

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 17. Juni, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Spandauer Althotels, In den Lichten, aus statt.

Der nächste Vorstandskollege, der Arbeiter

Georg Philipp
Jennstr. 30, am 13. Juni.

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 17. Juni, mittags 12 Uhr, im Krematorium, Gieselerstraße, statt. Reg. Beteiligung wird erwartet. 92/2

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Hans Bischoff
Gieselerstr. 10, am 13. Juni gestorben ist.

Der nächste Vorstandskollege, der Arbeiter

Franz Scholz
Beik, Könnemannstraße 31, am 4. Juni.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Herren-Stiefel in prima Lederverarbeitung . M. **96⁵⁰**

Herren- u. Dam.-Sportstiefel aus braunem Rindleder, allerbeste Verarbeitung . . . M. **137.50 u. 135⁰⁰**

Schwarze Sandalen aus Militärlleder, Größe 27/30 . . . M. **36⁰⁰**

Schwarze Sandalen aus Militärlleder, Größe 31/35 . . . M. **41⁵⁰**

Dam.-Halbschuhe m. Spangen u. zum Schnüren 125.00, 98.50, 90.00, 86.50. **85⁵⁰**

Baer Sohn
nur Chausseestrasse 29-30
Keine Filialen mehr! Keine Filialen mehr!

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Groß-Berlin

Sonntag, den 19. Juni 1921, vormittags 9 Uhr, in den „Andreas-Heistsälen“, Andreasstraße 21:

Funktionär-Konferenz

Tagesordnung:
Der Streik der Rieselfeldarbeiter.

Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert!

Wünschenswert und wünschenswertes Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Wanzen und deren Brut

verfügt restlos nur Kammerläger Berg's Nicodan.

Erfolg verblühend. Kinderl. anzug. Danksch. v. überall. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Doppelpackung 7 Mk. Enthält in allen Drogerien und Apotheken und bei sämtlichen Warenhäusern A. W. Müller, auch in den Filialen.

Parzellen

günstige Lage verkauft billig

Spezialarzt
Dr. med. Feldmann
behandelt schnell, gründlich, mögl. schmerzlos u. ohne Betäubung Syphilis, Harnleiden, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden, Harn- und Blutsuntersuchung.

Hans Bischoff
Königsstr. 21, am 17. Juni.

Sie fallen herein!

wenn Sie sich durch unläuterer offensichtlich irreführende Reklams belären lassen. Wollen Sie nicht enttäuscht werden, so wenden Sie sich beim Verkauf von

Brillanten

auch an größeren Objekten

Platin, Gold-, Silber-Sachen vertrauensvoll an die führende Firma Berlin.

H. Wiese, Artilleriestraße 30
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. Telephon Norden 1033
Ich garantiere fast stets für Rückzahlung.

Brillanten, Juwelen
kauft auch ganze Nachlässe, besonders große Posten gute Ware, zum höchsten Kurs

Amsterdamer Diamantenschleiferei
Geogr. 1892, 160 Friedrichstr. 160

„Empor“ Gemeinnützige Erbschaftsgesellschaft, e. G. m. b. H. in Berlin. Sitz: Charlottenburg, Schillerstr. 71. Zur Befreiung der Generalversammlung vom 2. 19. 1. 21 die Gesellschaft in Liquidation getreten. Goll. Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen umgehend geltend zu machen. „Empor“, Gemeinnützige Erbschaftsgesellschaft, e. G. m. b. H. in Liquidation. Wilhelm Wurm, v. Hülshaus.

Edelmetall u. edelmetallhaltige Abfälle sowie Gold und Silber in Bruch und Abfällen jeder Form taucht gründlich

Scheideanstalt Fr. Urbachek, Berlin SW. 68, Markgrafstr. 28.
Gegründet 1855. Telephon 4300

Schlechtere Getreidewirtschaft!

Zu Beginn der gestrigen Reichstags-Sitzung verlas die Haus ohne Aussprache nach den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Ernst (U. Soz.), Kemmle (Komm.), Reich (Komm.) und Wittmann (Komm.).

Im Himmelsprung wird mit 187 gegen 108 Stimmen der drei sozialistischen Parteien ein Antrag Hoffmann (Komm.) abgelehnt, den Abg. Wendelin Thomas (Komm.), der wegen Hochverrats eine zweijährige Gefängnisstrafe verbüßt, sofort aus der Gefängnisanstalt Landsberg i. B. zu entlassen. (Psuirufe der Komm.)

Die Bewirtschaftung des Getreides.

Da die allgemeine Aussprache geschlossen ist, wird sogleich über § 1 des Gesetzesentwurfes abgestimmt. Abgelehnt werden die Anträge Müller-Franken (Soz.) und Herz (U. Soz.) auf Beibehaltung der bisherigen Form der Bewirtschaftung des Getreides. Ueber einen Antrag Duschke (D. Sp.), die Zwangswirtschaft aufzuheben und die freie Wirtschaft einzuführen, wird sogleich abgestimmt und der Antrag mit 173 Stimmen gegen 136 Stimmen der beiden Rechtsparteien, der Demokraten und der bayerischen Volkspartei abgelehnt. — Abgelehnt werden sozialdemokratische Anträge, die Umlage auf 4 1/2 Millionen Tonnen festzusetzen. Angenommen wird in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 126 Stimmen ein Antrag Böhmke (Dem.), Duschke (D. Sp.), Burlage (Ztr.), die Höhe der Umlage auf 2 1/2 Millionen Tonnen festzusetzen. Abgelehnt wurde ein Antrag Herz (D. Sp.), als Termin der Ablieferungsfrist für das erste Viertel der Umlage den 15. November festzusetzen statt des 15. Oktober. Anträge Müller-Franken (Soz.) und Herz (U. Soz.), wonach die von der Umlage nicht erfassten Getreidemengen an die Reichsgetreidestelle zu einem vom Reichstage festgesetzten Höchstpreise abgeliefert werden sollen, werden abgelehnt. — In der Gesamtstimmabstimmung wird im Himmelsprung der § 1 mit 189 gegen 145 Stimmen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten abgelehnt.

Präsident Lohse: Durch diese Abstimmung ist dem Gesetz die Seele genommen. Geschäftsordnungsmäßig müssen wir aber die weiteren Paragraphen beraten, da der Reichsernährungsminister nicht beabsichtigt, die Vorlage zurückzuziehen. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Die Beratung wird bei § 2 fortgesetzt.

Abg. Dr. Heim (D. Sp.): Die Zwangswirtschaft war kein Teil eines ökonomischen Systems, sondern nur ein trauriger Notbehelf. (Sehr richtig! bei den Soz.) Heute ist sie das Verbrechen, was es gibt. Auch in Österreich hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß die Niederhaltung der Getreidepreise die Produktion hemmt. Eine vollständige Sozialisierung unserer Landwirtschaft würde auch den Staat als alleinigen Herrn über die Schwierigkeiten der Produktion nicht hinwegheben. Das Umlageverfahren als System hat alle Nachteile der Zwangswirtschaft. Der Sprung in die freie Wirtschaft muß endlich gemacht werden.

Reichsernährungsminister Hermes:

Die Zwangswirtschaft ist allerdings produktionsfeindlich. Daraus kann man aber nicht den Schluß ziehen, daß sofort zur freien Wirtschaft übergegangen werden muß. Hätten wir es getan, so würde es eine Erschütterung des Wirtschaftslebens gegeben haben, die niemand hätte verantworten können. Uebrigens bin ich der Landwirtschaft gerade in der Preisfrage stets entgegengekommen. (Ein wertvolles Eingeständnis! Die Red.) Für mich ist das ganze nur eine Tempfrage. Die Weltpreise stehen auch jetzt noch nicht im Einklang mit unserer Finanzwirtschaft. Die Erntevermehrung kann nur in der bisherigen Form durchgeführt werden. Bei einigem guten Willen kann die Landwirtschaft die Umlage durchaus erfüllen. Mit der alten Zwangswirtschaft noch 1 bis 2 Millionen Tonnen hereinzubringen und dann das Getreide freizugeben, wäre höchst ungerecht, denn wer seine Ablieferungsfrist jetzt erfüllt, ist dann der Geschädigte.

Die Kosten der Reichsgetreidestelle

betragen im letzten Jahr 85 Millionen Mark. (Hört, hört!) Der Minister wendet sich dann gegen die Behauptung des Abg. Herz (U. Soz.) über angebliche Ausfuhr großer Mengen von Hülsenfrüchten aus Österreich: Ausgeführt ist der tausendste Teil von dem, was Herr Herz behauptet hat. (Lebhaftes Hört, hört! und Bewegung.) Das letzte vom Abg. Herz verlesene Schreiben ist übrigens noch nicht einmal abgelehnt, sondern zurückgehalten worden. (Erneutes Hört, hört!)

Die preussische Justiz.

Der Preussische Landtag setzt am Donnerstag die zweite Beratung des Justizgesetzes fort.

Abg. Stendel (D. Sp.): Kann

das Ansehen der Justiz

gewahrt werden, wenn sogar ein Kultusminister Haenisch nach der Verkündung des Urteils im Mordburger Studentenprozess von elenden Wörtern spricht? Es ist empörend, wenn der preussische Minister Severing in öffentlicher Versammlung erklärt hat, ihm seien noch nie harnierte Menschen vorgekommen, wie die preussischen Richter. (Unruhe links.) Das Justizministerium will fortan auf meine Anregung hin falsche Darstellungen durch objektive Darlegung der Tatsachen berichtigen, um einer falschen Kritik der Gerichtsurteile den Boden zu entziehen. Einen Beweis für das Vorhandensein der Klassenjustiz kann man nicht, wie Heilmann, bringen, indem man die ganz verschiedenen Verhältnisse in Ostpreußen und Hannover gleichsetzt, sondern nur unter gleichartigen Verhältnissen, daß nämlich ein und derselbe Richter bei gleichen Tatbeständen einen Kapitalisten anders als einen Arbeiter abgeurteilt hat. In diesem Heilmannschen Falle ist aber ein arbeitswilliger Werkmeister mit Eisenstangen fast totgeschlagen worden. Wir verlangen, daß das Streikrecht unangefastet, aber auch die Freiheit für jedermann bestehen bleibt. Der Arbeiter darf nicht Selbstjustiz üben. Eine

bedingte Begnadigung halten wir für verfehlt.

weil durch eine solche Methode die Gleichgültigkeit gegen die Strafgesetze nur noch verstärkt wird.

Justizminister Am Jahnhoff scheint zu erklären, daß für Referendare 3 1/2 Millionen zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Rosi Wolffstein (Komm.): Den Aufbau eines Rechtes, das wirklich Gerechtigkeit bedeutet, sehen wir in Rußland. (Echallendes Gelächter.) Die Mehrheitssozialisten arbeiten am Aufbau des Kapitalismus mit. (Zuruf v. d. Soz.: Donon verstehen Sie nichts!) Wäre den Mehrheitssozialisten stehen die Unabhängigen an einem Strang. (Erneutes Gelächter bei den Soz. — Zurufe der U. Soz.) Die Mehrheitssozialisten vertugnen andauernd Marx. (Zuruf der Soz.: Sie sind ja Marx selbst. — Erneute Heiterkeit.) (Wegen einer Verteidigung Hölz' durch die Rednerin kommt es zu großem Lärm.) Die Worte an Plekhnicht und Rosa Luxemburg sind bisher noch nicht gesagt. Auch bei der Erziehung der 29 Matrosen in der Französischen Strafkolonie nach den wahren Tatbestand zu verurteilen. (Andauernde Zwischenrufe v. d. Komm. — Präz. Beinert: Herr Abg. Kah, Sie haben eben eine Bemerkung gemacht, die gegen die Ordnung des Hauses verstößt, und Sie haben sie noch dadurch verstärkt. — Abg. Kah (Komm.), unterbrechend: Daß ich Sie mit einbezogen habe. — Lebhaftes Entrüstungsgeräusch im Hause. — Präz. Beinert: Herr Abg. Kah, ich rufe Sie deswegen zur Ordnung! — Abg. Kah: Das ehrt mich übermäßig! Trotz der Warnungen Schreibmanns vor Verschönerungen hat die Mehrheitssozialdemokratie nichts getan.

Die Kapp-Rebellen

hab' ungefragt danagelassen. Oberis Berechnung über Aus-

Abg. Dr. Herz (U. Soz.): Es handelte sich nicht nur um Hülsenfrüchte, sondern auch um Getreide und Getreideerzeugnisse.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes: Im Rat ist überhaupt kein Getreide ausgeführt. (Zuruf des Abg. Herz (U. Soz.): Hier steht das Gegenteil.) Wenn Herr Herz schlüssigeres Beweismaterial hat als die amtliche Uebersicht, möge er es mir vorlegen.

§ 2 und 3 werden angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag zu § 4, in die Ausschüsse Erzeuger (Fadente) zu bringen, wird abgelehnt.

§ 9 bestimmt, daß die Verwaltungsabteilung aus einem Direktorium und einem Kuratorium besteht. Abgelehnt wird ein deutschnationaler Antrag, wonach unter den ständigen Mitgliedern des Direktoriums mindestens drei Landwirte sein müssen. Angenommen wird ein Antrag Müller-Franken (Soz.), Burlage (Ztr.) und Erkelenz (Dem.), wonach dem Kuratorium auch Vertreter des Gewerkschaftsrings und des Deutschen Bauernbundes angehören sollen.

Abg. Dr. Bachmann (D. Sp.) beantragt, dem § 47 hinzuzufügen, daß die zum Schutze der Hafererzeugung erlassenen Vorschriften mit dem 15. August d. J. aufgehoben werden. Bestrafungen und andere Folgen von Handlungen anlässlich der Hafererzeugung sollen nicht mehr eintreten.

Reichsminister Dr. Hermes: Eine allgemeine Amnestie für Vergehen gegen Vorschriften über die Hafererzeugung erscheint im hohen Grade bedenklich. In gewissen Einzelfällen, z. B. bei Kommunen, kann ein Strafverlaß am Platze sein.

Abg. Schmidt-Coppenitz (Soz.): Wir lehnen den Antrag aus denselben Gründen wie der Minister ab.

Der Antrag wird abgelehnt. — Nach § 30 bestimmt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines vom Reichstage gewählten Ausschusses von 28 Mitgliedern die Preise für das Umlagegetreide.

Auf eine Frage Simon-Franken (U. Soz.) erklärt Reichsernährungsminister Hermes, daß eine

Erhöhung des Brotpreises

frühestens zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres eintreten und keinesfalls mehr als 30 Proz. betragen werde.

§ 30 bleibt unverändert, ebenso der Rest des Gesetzes in zweiter Lesung. Eine Entschließung des Ausschusses fordert gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes. Eine Entschließung Müller-Franken (Soz.) verlangt einen Gesetzesentwurf, der allen Beamten und Angestellten ein Mehrerkommen in der Höhe sichert, die der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung entspricht. Eine deutschnationale Entschließung verlangt den freien Verkehr für Brotgetreide, Hafer und Gerste. Eine Entschließung Duschke (D. Sp.), Dr. Böhmke (Dem.) ersucht die Reichsregierung, die Lohn- und Gehaltsempfänger, ebenso die Kleinrentner vor einem Sinken ihres Realeinkommens zu schützen. Der Ausschuhentwurf wird mit 206 gegen 136 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Duschke-Böhmke wird angenommen. Ebenso die deutschnationale Entschließung. Dagegen wird die Entschließung Müller-Franken (Soz.) abgelehnt.

Um 1:18 Uhr vertagt das Haus die dritte Lesung auf 8 Uhr.

Dritte Lesung.

Ein Antrag Burlage (Ztr.), Stresemann (D. Sp.), Dr. Beterien (Dem.) will den gestrichenen § 1 nach den Beschlüssen der 2. Lesung wieder herstellen.

Abg. Schiele (D. Sp.): Unsere ablehnende Stellung zu der Zwangswirtschaft bleibt unverändert bestehen. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß die

freie Wirtschaft in diesem Hause nicht durchgeführt

werden kann, sind wir gezwungen, für den vorliegenden Antrag zu stimmen. (Lachen links.) Wir erblicken darin das kleinere Übel.

Darauf wird auch § 1 mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen. Auch der Rest des Gesetzes wird mit unmerklichen Änderungen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

In der Gesamtstimmabstimmung wird das Gesetz mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen. Die Entschließung Herz (D. Sp.) über die freie Wirtschaft wird zurückgezogen. — Das Gesetz zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes geht an den Steuerauschuß.

Freitag 1 Uhr: Anfragen, Beschränkung des Luftfahrzeugbaues, unabhängige Interpellation über die Ermordung des Abg. Garais. Schluß gegen 9 Uhr.

nahmegerichte richtet sich gegen die revolutionären Proletarier. Von den vielen Tausenden, die den Kapp-Lüttich gefolgt sind, hat man überhaupt nur 230 zur Verantwortung gezogen und nur in 3 Fällen erfolgten Verabschiedungen. Keine Zuchthaus-, keine Gefängnisstrafen, keine Vermögensbeschlagnahme trotz vorheriger Ankündigung. Die Verurteilung gegen bewaffnete Horden richtet sich nicht gegen die Drogen. In schändlicher Weise werden die

Opfer der Höring-Aktion

(Lebhafter Widerspruch bei den Soz.) jetzt in Mitteldeutschland abgeurteilt. Ähnliches geschieht in Hamburg, im Rheinland und in Thüringen. (Rednerin hebt unter Entrüstungsrufen der Kommunisten zahlreiche Urteile aus Mitteldeutschland an.)

Ministerialdirektor Jäger: Für wachse der von der Abg. Frau Wolffstein vorgebrachten Angelegenheiten sind die außerordentlichen Gerichte zuständig. Das Justizministerium widmet diesen Dingen keine besondere Aufmerksamkeit. Jeder Bezeichnung, die in der kommunistischen Presse erhoben wird, wird nachgegangen. Feststellungen in dieser Hinsicht haben sich noch nicht treffen lassen. Daher ist auch der Nachweis für die Richtigkeit der Behauptungen nicht erbracht. Die Gefängnislast ist durchaus zureichend. Die Rednerin brachte eine Reihe von Vorwürfen vor, die aber zum Teil die preussische Justiz nicht direkt betreffen. Den kommunistischen Herrschern kommt es nicht auf eine sachliche Erörterung an. Reelwürdig ist, daß die Kommunisten kein Wort der Anteilnahme für die Opfer der Ausschreitungen haben. (Komm. Zuruf: Mörderregierung! — Psuirufe rechts. — Präz. Beinert ruft den Abg. Vietz (Komm.) zur Ordnung.) Die Rede war nicht für das Parlament gehalten. Frau Wolffstein hat es ja selbst gesagt.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.):

Der Vertreter des Justizministeriums soll hier nur (sachlich und nicht polemisch) Stellung nehmen. Sein Verhalten ist unzulässig. (Präz. Beinert weist diese Bemerkung zurück und erklärt, die Ausführungen des Regierungsvertreters hätten nicht gegen die Ordnung des Hauses verstoßen.) Der Strafvollzug bedarf gründlich der Reform. Die Richter beim Reichsgericht sollte man durch den Reichstag, alle übrigen durch Volkswahl berufen. Die Staatsanwaltschaft sollte abgeschafft werden. Die den Urteilen der Gerichte vorausgehenden Beratungen müßten in öffentlicher Sitzung abgehalten werden. Ferner verlangen wir

Abkündigung der Todesstrafe.

Trotz der Reformvorschlüge, die der Justizminister gemacht hat, hat man doch das Empfinden: Viel wird nicht geschehen! Der Reichspräsident muß die Verantwortung für die Ausnahmegerichte und den Ausnahmezustand übernehmen. Heilmanns Ausführungen über die 2500 Jahre Zuchthaus in Mitteldeutschland waren ein Auffrei der Empörung. Zwingen Sie (zu den Soz.), meine Herren, den Reichspräsidenten vor sich aus, die Initiative zur Beendigung des Schandzustandes der Sondergerichte zu ergreifen. 70 000 bis 80 000 Reichsmark verlor man jährlich in den Gefängnissen. Wir verlangen die Amnestie als Wiedergutmachung der Justizfunden. (Beifall links.)

Justizminister Am Jahnhoff: Der in dem unabhängigen Antrage verlangte Ständige Ausschuß von 21 Landtagsmitgliedern zur Ueberwachung der Gefängnisse macht eine Verfassungsänderung

erforderlich. Ich habe im übrigen Anweisung gegeben, jugendliche Angeklagte milde zu behandeln.

Abg. Dr. Höpfer (Dem.): An Stelle der Schwurgerichte müßte das große Schöffengericht gelebt werden. In der Presse war Bemerkung darüber laut, daß die Demokraten sich dem Antrag Heilmann angegeschlossen haben. Dem ursprünglichen Antrag, der einen besonderen Weg für Arbeitersekretäre eröffnen wollte, haben wir die Zustimmung allerdings verweigert. In der jetzigen Form bedeutet er lediglich, begabte Menschen ohne Rücksicht auf ordnungsmäßigen Bildungsgang für den Staatsdienst zu gewinnen. Das sollte man in allen Berufen versuchen. (Lebhaft Zustimmung bei den Demokraten.)

Freitag 12 Uhr: Kleine Anfragen, Weiterberatung. Groß-Berlin, Ueberalterungsgeleß, Hebammenwesen. Anträge. Vertreibung der deutschen Domänenpächter aus Polen. Schluß 6 Uhr.

Kathenau über Wiesbaden.

Die Aufgaben der deutschen Arbeiterkraft.

Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Kathenau gab gestern im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats eine längere Erklärung ab, der wir folgende entnehmen:

Sie wissen, daß eine Reihe von Aufträgen schweben. Es handelt sich zunächst um eine Anzahl von Holzhäusern, die ursprünglich auf 25 000 beziffert war und möglicherweise auch auf diesen Betrag kommt. Im Augenblick ist die Zahl der Häuser, die in Verhandlung steht, kleiner; es wird sich jetzt etwa um 5000 handeln. Es wird sich bei dem bevorstehenden Auftrag um eine Größenordnung von höchstens 10 oder 12 Millionen Goldmark handeln, somit um einen Umfang, vor dem eine industrielle Unternehmung gewissen Umfangs heute nicht erschrecken würde — ein Auftrag also, der für die gesamte deutsche Volkswirtschaft eine kleine Bedeutung hat. Unsere Hoffnung muß es sein, die Aufgabe auf eine erheblich breitere Basis zu stellen.

Es entsteht die erste Frage: Wie ist es möglich, den, wenn ich mich so ausdrücken darf, Platzregen, der an Materialbedürfnissen über Frankreich hereinbricht, wenn die Reparation in drei oder vier Jahren beendet sein soll, — wie ist es möglich, diese gewaltige Masse so zu kanalisieren, daß sie nicht die Jahresaufnahmefähigkeit Frankreichs an Reparationsleistungen erheblich übersteigt? Das wird zu Finanzproblemen führen, die eines besonderen Studiums bedürfen.

Die zweite Aufgabe besteht darin, daß wir versuchen müssen, den Index von 26 Proz. durch eine andere Vereinbarung zu erlegen. Der internationale Geldmarkt wird sich schwerlich für Bonds begeistern, die auf einem solchen Index basieren. Der Index entwertet fernerhin den deutschen Kredit. Deswegen glaube ich, daß der Gedanke des 20prozentigen Index mehr und mehr als ein schwer durchführbarer erkannt werden wird, der durch eine andere Modalität ersetzt werden muß.

Neben der Preisfrage erhebt sich

die Finanzierungsfrage.

Wenn wir einen großen Teil der französischen Jahresleistungen zu uns herüberkanalisieren wollen, so können wir von Frankreich nicht erwarten, daß es in einem Jahre gänzlich auf Devisenempfang verzichtet oder uns gegenüber ins Debit kommt, indem wir ohne vorherige Vereinbarung mehr liefern, als Zahlungsansprüche in dem betreffenden Jahre an uns gestellt werden.

Das zweite Gebiet ist das Gebiet der Arbeitsleistungen. Die öffentliche Meinung in Deutschland geht wohl dahin, daß wir imstande sind, einige hunderttausend Arbeiter nach Frankreich zu senden. Das wird kaum möglich sein. Die Bauarbeiten sind komplizierter, als wir es uns gewöhnlich denken. Das französische Gesetz verlangt und der städtische Einwohner will, daß sein Haus auf den alten Fundamenten aufgebaut werde, ohne besondere Rücksicht auf Ökonomie und Einheitslichkeit. Somit wird der Wiederaufbau nicht möglich sein durch große neue typisierte angelegte Städte, sondern nur an Ort und Stelle in den noch immer bewohnten Städten Frankreichs und auf den bestehenden Fundamenten.

Neben diesen Schwierigkeiten bestehen die Schwierigkeiten der wechselseitigen sozialpolitischen Verständigung hinsichtlich der nach Frankreich zu entsendenden deutschen Arbeiter. Verständigungen der Gewerkschaften sind in Genf getroffen worden, und wir haben den Wunsch, daß die Absichten der Gewerkschaften sich so weit wie möglich verwirklichen lassen. Leicht ist auch nicht

das Problem der Löhne

zu lösen. Auch über diese schwierige Frage, ferner über die Frage der Verpflegung, der Kantonierung werden grundsätzliche Regelungen zu treffen sein.

Das dritte Arbeitsgebiet ergibt sich aus den Voraussetzungen, daß Verständigungen angebahnt werden, die dahin führen, daß wir imstande sind, einen großen Teil der französischen Aufträge auf uns zu übernehmen, ohne daß wir insofern an Frankreich größere jährliche Ansprüche stellen dürfen, als die Gütschrift derjenigen Beträge ausmacht, die im Minimum vorsehen sind.

Es war eine entsetzliche und staatsmännische Tat des französischen Ministers der befreiten Gebiete, daß er sich entschloß, nach Wiesbaden zu gehen und dort persönliche Verhandlungen zu führen. Es war eine Tat, die in Frankreich nicht widerspruchsfrei abgeschlossen ist. Die Verhandlungen haben zwei Tage gedauert. Ich habe die volle Objektivität empfunden, mit der Herr Loucheur die Interessen seines Landes vertretet. Ich habe mich gereut, einem Manne zu begegnen, der ebenso wie ich die Pflicht hat, die großen Fragen ohne Leidenschaft, ohne Voreingenommenheit zu behandeln, der allerdings genau weiß, wie groß und weitgehend die Rechte sind, die sein Land uns gegenüber besitzt, und der nicht die Absicht hat, von diesen Rechten etwas aufzugeben.

Wenn es gelingen sollte, in Einzelverhandlungen, die jetzt beginnen werden, die Probleme zu überwinden, die ich Ihnen bekannt gegeben habe, dann wird es nötig sein, zunächst einen Apparat zu schaffen, der reibungslos diejenigen Aufträge sammelt und aufnimmt, die uns von Frankreich gegeben werden. Dieses Problem darf nicht unterschätzt werden. Es gibt 2 800 000 Einwohner; diese 2 800 000 müssen in der Lage sein, ihre Wünsche, ihre Bestellungen in der richtigen Form an die deutschen Stellen zu bringen.

Ich möchte Ihnen heute noch keine Vorschläge über die Form der Organisation machen, die geschaffen werden muß; aber eines darf ich Ihnen bei allem Respekt vor einzelnen Kriegsteilnehmern der Wirtschaft sagen: Weder will ich eine Umbau noch eine ZOO haben. Ich hoffe, daß diese Bezeugung, die die erste im engsten Kreise zwischen verantwortlichen Staatsleuten beider Länder seit Beginn des Krieges gewesen ist, zur Fortsetzung der Beziehungen führen wird und damit auch zur Auffindung einer Lösung. Gelingt es uns, die Lösung zu finden und die Lasten des Minimums für uns einigermachen dadurch tragbar zu machen, daß wir sie in Sach- und Arbeitsleistungen verwandeln, so liegt nicht mehr allein eine Wirtschaftsaufgabe der Konfunktionalwirtschaft, der Geschäftswirtschaft vor, sondern dann liegt zum ersten Male eine Aufgabe einer großen Rationalwirtschaft vor; und diese Aufgabe kann dann gelöst werden, wenn die Kreise, die Sie vertreten und wenn Sie selbst entschlossen sind, daran rücksichtslos mitzuarbeiten.

Berlin, 16. Juni. (M. B.) Das Vorstandsmitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Siderschmidt, ist als Berater und Mitarbeiter in Arbeiterangelegenheiten in das Reichsministerium für Wiederaufbau und das Reichskommissariat zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten berufen worden.

Berichtigung. In der Einleitung unserer gestrigen Abendausgabe zu der Rede Roe Kennas muß natürlich von Unterbindung der britischen Industrie und Schifffahrt die Rede sein. Der deutsche Leser wird das aus dem Zusammenhang sogleich erkannt haben, für den ausländischen aber sei es berichtigt.

